

Döhrn, Roland et al.

Article

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Mühsamer Aufstieg aus dem Rezessionstal

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Döhrn, Roland et al. (2009) : Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Mühsamer Aufstieg aus dem Rezessionstal, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, Vol. 60, Iss. 2, pp. 33-88

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/61082>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Roland Döhrn, György Barabas, Heinz Gebhardt, Tobias Kitlinski, Martin Micheli, Torsten Schmidt und Simeon Vosen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Mühsamer Aufstieg aus dem Rezessionstal¹

Kurzfassung

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat im zweiten Vierteljahr 2009 um 0,3% zugenommen, nachdem sie zuvor vier Quartale infolge gesunken war. Gleichwohl ist die Wirtschaftsleistung 7,1% niedriger als vor einem Jahr, so dass man lediglich von einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau sprechen muss. Auch lässt die Zusammensetzung der Expansion Zweifel aufkommen, ob der leichte Zuwachs bereits eine konjunkturelle Wende darstellt. Er resultiert vor allem daraus, dass die Ausfuhren weniger sanken als die Einfuhren, was auf eine immer noch schwache Inlandsnachfrage hindeutet.

Zugenommen haben insbesondere die privaten und die staatlichen Konsumausgaben sowie die Bauinvestitionen. Die privaten Haushalte wurden durch die Senkung der Einkommensteuer und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die Erhöhung zahlreicher Transfers und die Abwrackprämie begünstigt. Entlastend wirkte auch der Rückgang der Energiepreise. Zudem hat die Rezession bisher wenig auf die verfügbaren Einkommen durchgeschlagen. Die Zahl der Arbeitslosen hat seit Oktober 2008, als die Beschäftigung ihren höchsten Stand erreicht hatte, lediglich (saisonbereinigt) um 300 000 zugenommen.

Die vorlaufenden Indikatoren deuten zwar auf eine Belebung der Konjunktur im zweiten Halbjahr 2009 hin, die allerdings moderat bleiben dürfte. Impulse kommen von der Belebung der Weltwirtschaft. Auch scheint das kommunale Investitionsprogramm ins Laufen zu kommen. Rückläufig sein dürften im Prognosezeitraum jedoch die privaten Konsumausgaben, vor allem weil sich die derzeitige Unterbeschäftigung voraussichtlich mehr und mehr in einer höheren Arbeitslosigkeit manifestieren wird. Zudem werden die Renten wohl nicht steigen und die Teuerung anziehen. Wir erwarten einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,3% im kommenden Jahr nach nur 0,4% in diesem.

¹ Abgeschlossen am 11.9.2009. Den Kasten zu den Sparmöglichkeiten in der Gesetzlichen Krankenversicherung verfasste Boris Augurzky. Wir danken Sebastian Breuer für die Mitarbeit. Kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen gaben Wim Kösters und Joachim Schmidt. Für technische Unterstützung bedanken wir uns bei Julica Bracht, Waltraud Lutze, Renate Racz, Gisela Schubert und Benedict Zinke.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2008 bis 2010

	2008	2009 ^p	2010 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	1,3	-5,0	1,2
Erwerbstätige ² , in 1 000	40 279	40 154	39 299
Arbeitslose ³ , in 1 000	3 268	3 481	4 133
Arbeitslosenquote ⁴ , in %	7,5	8,3	9,8
Verbraucherpreise, Veränderung in %	2,6	0,4	1,3
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	2,2	4,9	-1,9
Finanzierungssaldo des Staates			
in Mrd.€	1,0	-72	-123
in % des nominalen BIP	0,0	-3,0	-5,0
Leistungsbilanzsaldo ⁶ , in Mrd.€	165	110	145

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit; Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr. – ¹Preisbereinigt – ²Im Inland. – ³Nationale Abgrenzung. – ⁴Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. – ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁶In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. – ^pEigene Prognose.

Der erwartete Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 5,0% in diesem Jahr resultiert ausschließlich aus dem statistischen Unterhang und dem kräftigen Rückgang im ersten Quartal. Für den Prognosezeitraum erwarten wir eine Erholung. Allerdings dürfte die Expansion nur zögerlich an Fahrt gewinnen, weil den aufwärts gerichteten Kräften weiterhin nennenswerte dämpfende Faktoren gegenüberstehen. Wir halten für den Jahresdurchschnitt 2010 ein Wirtschaftswachstum von 1,2% für wahrscheinlich.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich dabei noch für einige Zeit verschlechtern. Die Anpassung der Beschäftigung an die niedrigere Produktion wurde bisher durch Kurzarbeit und andere Anpassungen auf betrieblicher Ebene vermieden, mit der Folge, dass die Produktivität und die Arbeitszeit der Arbeitnehmer kräftig sanken, aber auch die Lohnstückkosten stiegen. Die Unternehmen werden allerdings bestrebt sein, die Kosten zu senken, so dass wir einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 3,7 Mill. am Ende dieses und auf knapp 4,4 Mill. am Ende kommenden Jahres erwarten. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt von 8,3% auf 9,8% steigen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich aufgrund konjunkturbedingter Mindereinnahmen und Mehrausgaben sowie durch die ergriffenen Maßnahmen bereits

1. Überblick

deutlich verschlechtert. Wir erwarten, dass das gesamtstaatliche Budgetdefizit in diesem Jahr auf 3,0% in Relation zum BIP steigen wird, 2010 auf 5%. Die Schuldenstandsquote dürfte damit Ende kommenden Jahres gut 75% betragen.

Die Wirtschaftspolitik steht vor großen Aufgaben. Die EZB hat, um die Funktionsfähigkeit des Geldmarkts zu gewährleisten, die Liquiditätsversorgung drastisch ausgeweitet. Allerdings sind die Inflationserwartungen noch am Stabilitätsziel der EZB verankert, so dass sie die geldpolitischen Zügel behutsam straffen kann, um den beginnenden Aufschwung nicht zu gefährden. Die Finanzpolitik muss Wege aufzeigen, wie sie die gestiegene Verschuldung reduzieren will. Zwar wird mit der neuen Schuldenregel ein Weg zur Konsolidierung vorgezeichnet, noch ist aber unklar, wie man dahin kommen will. Eine glaubwürdige Strategie sollte nach unserer Einschätzung auf eine Begrenzung des Ausgabenwachstums und auf eine Umschichtung des Budgets zu Gunsten von Ausgaben setzen, die das Wachstum fördern.

1. Überblick

1.1 Stabilisierung auf tiefem Niveau

Nach vier Quartalen mit zum Teil beträchtlichen Rückgängen hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Vierteljahr 2009 wieder leicht zugenommen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) war (saisonbereinigt) 0,3% höher als im Vorquartal. Gleichwohl ist die Wirtschaftsleistung 7,1% niedriger als vor einem Jahr, so dass man bisher allenfalls von einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau sprechen kann. Auch lässt die Zusammensetzung der Expansion Zweifel aufkommen, ob in der positiven Quartalsrate bereits eine konjunkturelle Wende zum Ausdruck kommt. Letztlich resultiert diese vor allem aus der Außenwirtschaft, wo die Ausfuhren weniger sanken als die Einfuhren. Letzteres deutet auf eine immer noch schwache Inlandsnachfrage hin. Daran ändert auch nichts, dass fast alle inländischen Verwendungskomponenten wieder Zuwächse verzeichneten. Diese wurden durch einen drastischen Lagerabbau überkompensiert. Die Revisionspraxis des Statistischen Bundesamtes lässt allerdings vermuten, dass dieser überzeichnet war und bei künftigen Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ein schwächerer Lagerabbau und geringere Wachstumsbeiträge der inländischen Nachfragekomponenten oder des Außenbeitrags ausgewiesen werden (Kasten 1). Wahrscheinlich hat die Konjunktur bislang weniger Fahrt aufgenommen, als in der jüngsten Zunahme des BIP zum Ausdruck kommt.

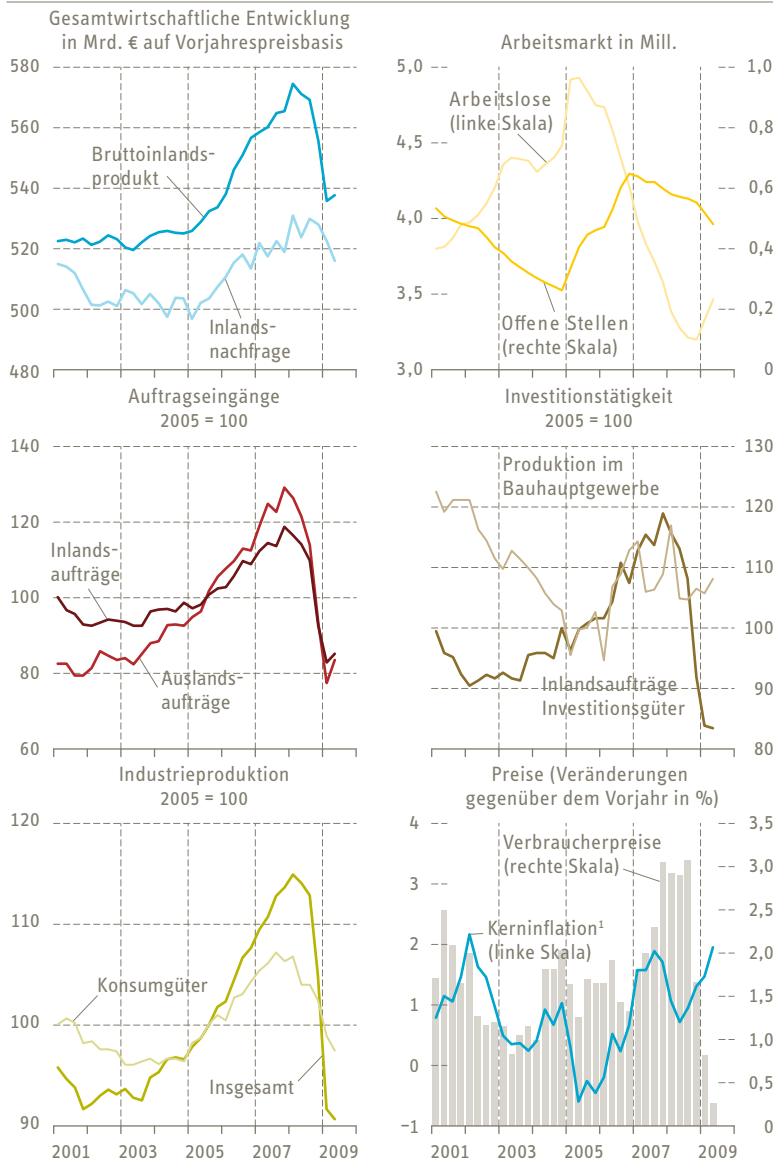
Struktur der Expansion spricht gegen konjunkturelle Wende

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 1

Indikatoren zur Konjunktur

2001 bis 2009; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Ohne Energie, saisonabhängige Güter.

1. Überblick

Kasten 1

Zur Revisionspraxis bei den Vorratsveränderungen

Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2009 wird stark durch die Vorratsveränderungen geprägt. Im Vorjahresvergleich ging von ihnen ein negativer Wachstumsbeitrag von 0,9%-Punkten aus, womit ein Großteil des negativen Wachstumsbeitrags der inländischen Verwendung (2,4%-Punkte) auf.

Allerdings sind die Revisionen bei den Vorratsveränderungen keineswegs zufällig verteilt, sondern sie folgen bestimmten Mustern. Betrachtet man die Wachstumsbeiträge im Vorjahresvergleich auf vierteljährlicher Basis¹, so fällt auf, dass

- ❏ die Angaben in der Regel nach unten korrigiert werden, und zwar sowohl die negativen wie die positiven Wachstumsbeiträge. Ablesen lässt sich dies daran, dass die Streuung der zuerst veröffentlichten Werte mit 0,83 größer ist als die der endgültigen (0,64);
- ❏ die Revisionen mit den zuerst veröffentlichten Werten negativ korreliert sind (Korrelationskoeffizient $r = -0,64$). Je höher der ursprünglich ausgewiesene Wachstumsbeitrag ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer späteren Revision nach unten und umgekehrt;
- ❏ Revisionen des Wachstumsbeitrags der Vorräte sich nicht im BIP widerspiegeln, sondern in anderen Verwendungskomponenten. Während zwischen den Revisionen von Vorräten und BIP kein Zusammenhang besteht ($r = 0,02$), besteht sowohl zur inländischen Verwendung (ohne Vorräte) als auch zum Außenbeitrag eine signifikant negative Korrelation ($r = -0,38$ bzw. $-0,45$).

Diese Erfahrungen lassen erwarten, dass künftigen Veröffentlichungen der VGR für das aktuelle Quartal einen geringeren negativen Wachstumsbeitrag der Vorräte ausweisen werden und dies bei den übrigen inländischen Verwendungskomponenten oder beim Außenbeitrag gegengebucht wird, die dann ungünstigere Werte aufweisen dürften. Insofern könnte die von Vorratsschwankungen unbeeinflusste konjunkturelle Grunddynamik derzeit schwächer sein, als dies in den zuletzt veröffentlichten Daten zum Ausdruck kommt.

¹ Die Daten wurden dem Echtzeit-Datensatz des RWI (2009a) entnommen. Um die Vergleichbarkeit im Zeitverlauf herzustellen, wurden alle Angaben in Wachstumsbeiträge umgerechnet.

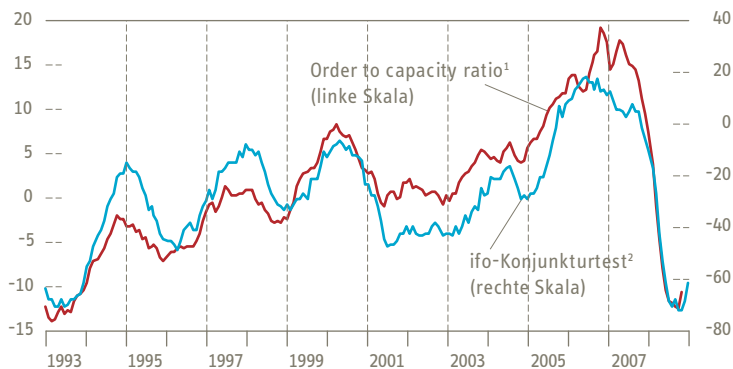
Gewachsen sind insbesondere die privaten und die staatlichen Konsumausgaben sowie die Bauinvestitionen. Die privaten Haushalte wurden durch die Senkung der Einkommensteuer und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und durch die Erhöhung zahlreicher Transfers begünstigt. Zudem gab die Abwrackprämie

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kaufanreize; allerdings stiegen die Pkw-Käufe wohl teilweise zu Lasten anderer Ausgaben, jedenfalls gingen die Konsumausgaben ohne Fahrzeugkäufe zurück (Destatis 2009). Zudem wurden die Konsumenten durch den Rückgang der Energiepreise entlastet, der wesentlichen Anteil daran hatte, dass die Verbraucherpreise im ersten Halbjahr nur um 0,5% stiegen, zuletzt sogar rückläufig waren. Hingegen hat die Rezession bisher nur wenig auf die Einkommen der privaten Haushalte durchgeschlagen, da durch großzügige Kurzarbeitsregelungen der Anstieg der Arbeitslosigkeit begrenzt wurde. Seit Oktober 2008, als die Beschäftigung ihren höchsten Stand erreicht hatte, ist die Zahl der Arbeitslosen trotz des drastischen Einbruchs der Konjunktur lediglich um (saisonbereinigt) 300 000 gestiegen und die Erwerbstätigkeit um 200 000 gesunken. Je länger die Unterauslastung der Kapazitäten dauert, desto wahrscheinlicher wird aber, dass die Unternehmen ihre Beschäftigung deutlich nach unten anpassen.

Private Konsumausgaben von Finanzpolitik begünstigt

Schaubild 2
Indikatoren des Auftragsbestands im verarbeitenden Gewerbe
1993 bis 2008



Nach Angaben des ifo-Instituts und eigene Berechnungen. - ¹Relation aus Auftragseingang und Produktion, gewichtet mit der Kapazitätsauslastung laut ifo-Konjunkturtest; Durchschnitt 1993-2003 = 0; Dreimonatsdurchschnitte, linke Skala. - ²Beurteilung des Auftragsbestandes, ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie, rechte Skala.

Vorlaufende Indikatoren deuten zwar auf eine Belebung der Konjunktur im zweiten Halbjahr 2009 hin. Die Auftragseingänge insbesondere aus dem Ausland sind zuletzt wieder deutlich gestiegen. Zudem haben Industrieproduktion und Ausfuhren im Verlauf des zweiten Quartals angezogen. Allerdings liegen die Auftragseingänge immer noch um knapp 30% unter dem zuletzt erreichten Höchststand, die Industrieproduktion um gut 20%; Die Auftragsbestände sind zudem – gemessen an der Order to capacity ratio – nach wie vor niedrig (Schaubild 2).

Indikatoren deuten auf Belebung im zweiten Halbjahr 2009 hin

1. Überblick

Die Geschäftserwartungen haben sich nach den ifo Umfragen zwar schon im fünften Monat infolge verbessert, allerdings wird die Geschäftslage immer noch sehr ungünstig eingeschätzt. Der Purchasing Managers Index in der Industrie hat sich bereits das gesamte Jahr 2009 hindurch verbessert, liegt aber immer noch unter 50, also der Schwelle, ab der von einem Wachsen der Produktion ausgegangen wird.

1.2 Annahmen der Prognose

Die von uns erwartete Belebung der Konjunktur wird insbesondere durch ein sich aufhellendes internationales Umfeld getrieben. Wie im internationalen Teil des Berichts näher ausgeführt, geht diese Einschätzung von folgenden Annahmen aus:

- i** Der Welthandel mit Waren wird nach einem Rückgang um 13,5% im Durchschnitt dieses Jahres im kommenden Jahr um 6% zunehmen.
- i** Der Preis für Rohöl (Brent) bleibt im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 70 \$/b.
- i** Der Wechselkurs des Euro beträgt rund 1,45 \$/€.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- i** Die EZB wird den Leitzins vorerst auf dem gegenwärtigen Niveau belassen. Im Verlauf des Jahres 2010 wird sie bei günstigerer Konjunkturlage die Zinswende einläuten und ihn um insgesamt 50 Basispunkte anheben.
- i** Die Finanzpolitik setzt die 2008 und 2009 beschlossenen Maßnahmen um. Die diskretionären Maßnahmen machen in diesem Jahr 1,4% des BIP und im kommenden 1,7% des nominalen BIP aus. Dies bedeutet, dass der konjunkturelle Impuls mit 0,3% des BIP 2010 merklich schwächer sein wird als in diesem Jahr.
- i** Die Tariflöhne je Stunde (in der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank) werden 2009 um 2,3% und 2010 um 1,7% steigen.

1.3 Prognose

Ausgehend davon erwarten wir für den Prognosezeitraum eine moderate Aufwärtsbewegung. Impulse kommen mit der Belebung der Weltwirtschaft mehr und mehr von den Ausfuhren. Bereits im laufenden Halbjahr sind deutliche Zuwächse bei den Bauinvestitionen zu erwarten, weil das kommunale Investitionsprogramm nun allem Anschein nach ins Laufen kommt. Rückläufig sein dürften hingegen die privaten Konsumausgaben, wenn sich – wie von uns erwartet – die derzeitige Unterbeschäftigung mehr und mehr in einer höheren Arbeitslosigkeit manifes-

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

tieren wird. Dämpfend wirkt auch, dass die Renten voraussichtlich nicht steigen und dass die Teuerung wohl wieder anziehen wird, insbesondere weil die Energie- und Rohstoffpreise seit dem Einbruch um die Jahreswende wieder deutlich angezogen haben. Wir prognostizieren einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,3% im kommenden Jahr nach nur 0,4% in diesem.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte vor diesem Hintergrund im laufenden Jahr um 5,0% sinken (Tabelle 2). Dieser Rückgang resultiert allerdings ausschließlich aus dem großen statistischen Unterhang aus dem Vorjahr und dem kräftigen Rückgang im ersten Quartal (Schaubild 3). Für die zweite Jahreshälfte 2009 erwarten wir einen moderaten Zuwachs des BIP. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaft allmählich wieder an Fahrt gewinnen, jedoch bleiben die Zuwächse wahrscheinlich gering, da – wie erwähnt – den Expansionskräften weiterhin nennenswerte dämpfende Faktoren gegenüberstehen. Daher halten wir im Jahresdurchschnitt 2010 ein Wirtschaftswachstum von lediglich 1,2% für wahrscheinlich, wobei sich die Expansion im Jahresverlauf verstärkt.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich bei der von uns erwarteten Entwicklung der Produktion voraussichtlich noch für einige Zeit verschlechtern. Zum einen bleibt die Zunahme des BIP für einige Quartale hinter dem trendmäßigen Wachstum der Produktivität zurück, so dass schon allein deshalb Arbeitsplätze abgebaut werden dürften. Zum anderen wurde die Anpassung der Beschäftigung an die niedrigere Produktion bisher durch Kurzarbeit, aber auch durch andere Anpassungen auf betrieblicher Ebene vermieden. Aufgrund der damit verbundenen Kosten dürften die Unternehmen noch eine Zeitlang Arbeitsplätze abbauen, um ihre Produktivität wieder zu steigern. Daher erwarten wir einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 3,7 Mill. am Ende dieses und auf 4,4 Mill. am Ende kommenden Jahres. Die Arbeitslosenquote dürfte damit im Jahresdurchschnitt von 8,3% auf 9,8% steigen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich aufgrund konjunkturbedingter Mindereinnahmen und Mehrausgaben sowie durch die ergriffenen Maßnahmen bereits deutlich verschlechtert. Wir erwarten, dass das gesamtstaatliche Budgetdefizit in diesem Jahr auf 3% in Relation zum BIP steigen wird und 2010 auf 5%. Die Schuldenstandsquote dürfte damit Ende kommenden Jahres mehr als 75% betragen.

In der vorliegenden Prognose schätzt das RWI die wirtschaftliche Entwicklung wieder etwas günstiger ein als im Juni (RWI 2009b: 3), als wir einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 6,4% erwartet hatten. Sie ist aber ungünstiger als die in unserem Konjunkturbericht vom März 2009, als ein Schrumpfen der Wirtschaft um 4,3% in diesem Jahr vorhergesagt wurde. Man darf bei allen Unterschieden nicht übersehen, dass den beiden früheren Prognosen ein ähnli-

Expansionskräften stehen weiterhin dämpfende Faktoren gegenüber

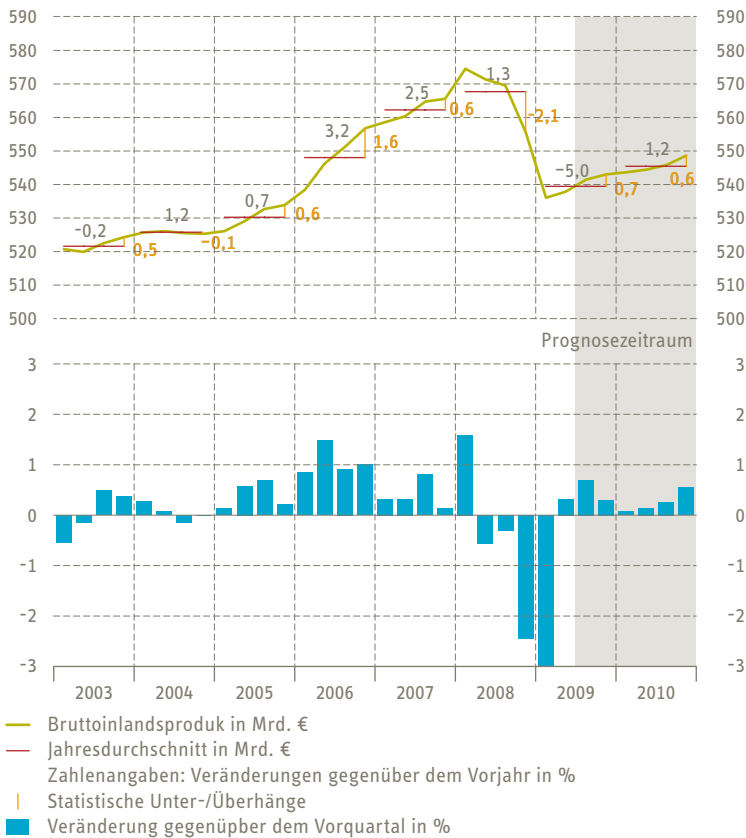
1. Überblick

ches Profil der Konjunktur zugrunde lag wie der aktuellen: Ein deutlicher Einbruch im ersten Quartal und eine allmähliche Stabilisierung im weiteren Verlauf des Jahres. Dabei enthielten beide früheren Prognosen sogar ein Quartal mit positiver BIP-Rate.

Schaubild 3

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

1998 bis 2010; real; saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 2
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

2008 bis 2010; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

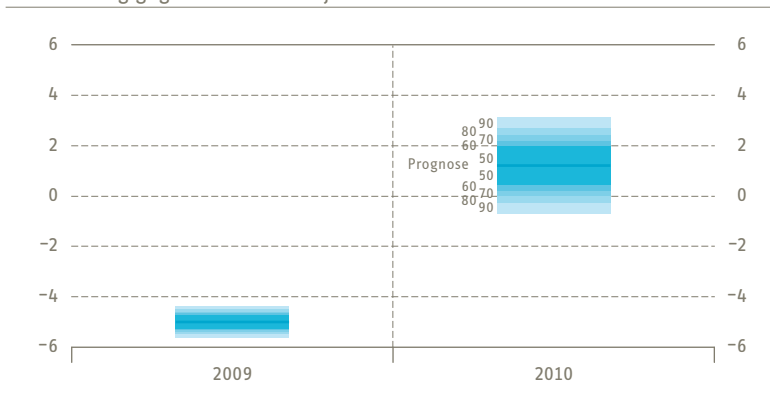
	2008	2009 ^P	2010 ^P	2009		2010 ^P	
				1.Hj.	2.Hj. ^P	1.Hj.	2.Hj.
Verwendung¹							
Konsumausgaben	0,8	1,2	-0,3	0,8	1,6	0,2	-0,7
Private Haushalte ²	0,4	0,8	-0,8	0,2	1,4	-0,2	-1,5
Staat	2,1	2,4	1,4	2,4	2,3	1,4	1,4
Anlageinvestitionen	3,1	-9,4	0,7	-11,0	-7,9	0,1	1,2
Ausrüstungen	3,3	-20,2	1,7	-21,8	-18,7	1,2	2,1
Bauten	2,6	-2,2	-0,3	-4,1	-0,4	-1,0	0,3
Sonstige	5,3	5,6	3,3	6,8	4,5	3,7	2,9
Vorratsveränderung ³	0,4	-0,8	-0,2	-0,2	-1,3	-0,3	-0,1
Inlandsnachfrage	1,7	-1,8	-0,3	-1,8	-1,7	-0,1	-0,5
Außenbeitrag ³	-0,3	-3,3	1,5	-5,1	-1,6	0,9	2,0
Exporte	2,9	-15,9	7,1	-18,9	-12,8	7,0	7,1
Importe	4,3	-10,2	3,8	-9,9	-10,4	5,2	2,4
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-5,0	1,2	-6,8	-3,2	0,8	1,5
Preise							
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,4	1,9	1,4	1,2	2,6	1,3
Konsumausgaben ²	2,1	-0,3	1,1	-0,1	-0,4	1,0	1,2
Einfuhr	1,4	-5,7	0,5	-5,9	-5,4	-0,2	1,3
Einkommensverteilung							
Arbeitnehmerentgelt	3,7	0,0	-1,0	0,4	-0,4	-0,7	-1,3
Gewinne ⁴	0,2	-13,6	12,3	-19,6	-7,4	14,3	10,4
Volkseinkommen	2,5	-4,8	3,2	-6,9	-2,7	4,1	2,5
Abgaben ⁵ /Subventionen	2,0	-1,9	3,4	-2,2	-1,6	1,0	5,7
Nettonationaleinkommen	2,4	-4,4	3,3	-6,3	-2,6	3,7	2,9
Abschreibungen	2,2	1,0	2,0	0,2	1,8	1,8	2,3
Bruttonationaleinkommen	2,4	-3,6	3,1	-5,3	-1,9	3,4	2,8
Entstehung							
Erwerbstätige	1,4	-0,3	-2,1	0,2	-0,8	-2,0	-2,3
Arbeitszeit	-0,1	-2,8	0,7	-3,9	-1,7	0,5	1,0
Arbeitsvolumen	1,3	-3,1	-1,4	-3,7	-2,5	-1,5	-1,3
Produktivität	0,0	-1,9	2,6	-3,1	-0,7	2,4	2,9
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,3	-5,0	1,2	-6,8	-3,2	0,8	1,5
nachrichtlich:							
Erwerbslose ⁶ , in 1 000	3.141	3.333	4.097	3.299	3.367	4.019	4.176
Erwerbslosenquote, in %	7,2	7,7	9,5	7,6	7,7	9,3	9,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Preisbereinigt. - ²Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Wachstumsbeitrag in %-Punkten - ⁴Unternehmens- und Vermögenseinkommen. - ⁵Produktions- und Importabgaben. - ⁶In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO). - ^PEigene Prognose.

1. Überblick

Unterschiede bestehen hinsichtlich der Tiefe des Einbruchs im ersten Quartal sowie der Datierung der nun erkennbaren Erholung. Beides ist angesichts der derzeit sehr hohen Volatilität fast aller Indikatoren schwierig einzuschätzen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass das Statistische Bundesamt im Vergleich zur Datenbasis unserer Juni-Prognose seine Angaben für das erste Quartal nach oben revidiert hat. Derzeit weist es ein Minus von 3,5% aus, nachdem es im Mai noch eines von 3,8%, gemeldet hatte. Versieht man die vorliegende Vorhersage mit einem Intervall, das sich an den Fehlern unserer Prognosen seit der Wiedervereinigung orientiert, so dürfte der Rückgang des BIP in diesem Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von 80% zwischen 4,5% und 5,5% betragen. Für 2010 lautet das 80%-Intervall -0,3% bis +2,7% (vgl. Schaubild 4).

Schaubild 4
Prognoseintervall der BIP-Prognose
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. 2007: 44-45.

1.4 Risiken

Wie bei jeder Prognose, so bestehen auch diesmal einerseits Gefahren, dass die wirtschaftliche Entwicklung ungünstiger verlaufen wird als wir hier für wahrscheinlich halten, andererseits Chancen auf eine raschere Erholung. Auf einige Ab- und Aufwärtsrisiken wurde im internationalen Teil des Berichts hingewiesen. Um denkbare Abweichungen von unserer Prognose quantifizieren zu können, haben wir mit dem RWI-Konjunkturmodell Szenarien gerechnet. Dabei haben wir versucht, Interdependenzen zwischen den Annahmen der Prognose zu berücksichtigen. So wäre schwer vorstellbar, dass beispielsweise die Weltwirtschaft in eine Rezession zurückfällt, ohne dass dies Konsequenzen für die Rohstoffmärkte

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

hätte. Solche Zusammenhänge sind sicherlich schwer zu quantifizieren, und oft muss man auf subjektive Setzungen zurückgreifen. Allerdings vermittelt dieses Vorgehen ein anschauliches Bild denkbarer alternativer Entwicklungen.

Im Folgenden werden ein optimistisches und ein pessimistisches Szenario dargestellt. Ersteres geht davon aus, dass die zuletzt beobachtete Belebung der Weltwirtschaft den Beginn eines kräftigen Aufschwungs markiert, in dessen Zuge der internationale Warenaustausch Ende 2010 fast wieder das Niveau vor Ausbruch der Krise erreicht. Dies entspricht einer Zunahme des Welthandels um 9% im Jahresdurchschnitt 2010. Allerdings wäre in diesem Fall ein Anziehen der Rohstoffpreise wahrscheinlich; der Rohölpreis klettert in unserer Rechnung bis Ende 2010 in dem Szenario auf 90\$/b. Auch würde die EZB die Zinsen früher und kräftiger anheben. Wir unterstellen dazu vier Zinsschritte von je 25 Basispunkten im Verlauf des kommenden Jahres. Mit der günstigeren Weltlage dürften schließlich die USA weniger als „sicherer Hafen“ in Anspruch genommen werden, weshalb wir eine Aufwertung des Euro bis auf 1,60\$/€ in die Simulation eingestellt haben.

Ein pessimistisches Szenario geht davon aus, dass die augenblickliche Erholung der Weltwirtschaft kurzlebig ist, etwa weil die Konjunkturprogramme vieler Länder nur ein Strohfeuer entfacht haben, und der Welthandel bis Ende 2010 mehr oder weniger stagnieren wird. Für den Durchschnitt kommenden Jahres würde dies einen Zuwachs des Welthandels um 3,0% bedeuten, der ausschließlich aus dem Überhang resultiert. Die Probleme an den Finanzmärkten würden sich wieder verschärfen, was die Finanzierung von Investitionen verteuert; wir unterstellen in dem zweiten Szenario eine Zunahme der Risikoprämie bei Unternehmenskrediten um 2%-Punkte, einen Verzicht der EZB auf Zinssteigerungen und einen Rückgang der Rohstoffpreise; für Rohöl nehmen wir einen Preis von 50\$/b Ende 2010 an. Die Rolle des Dollar würde gestärkt und der Euro auf 1,30\$/€ abwerten.

Auf den ersten Blick liefern die Simulationsrechnungen zu beiden Szenarien annähernd symmetrische Ergebnisse (Tabelle 3). Im optimistischen Fall wäre die Zuwachsrate des BIP 2010 in Deutschland um 0,6%-Punkte höher, im pessimistischen um den gleichen Wert niedriger als von uns prognostiziert. Allerdings unterscheiden sich die Verwendungsstrukturen. Im optimistischen Fall verbessert sich vor allem der Außenbeitrag; gemessen am Wachstumsbeitrag zeichnet er für rund zwei Drittel der Verbesserung gegenüber dem Basisszenario verantwortlich. Im pessimistischen Fall wachsen die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen gehen wegen der dann zu erwartenden ungünstigeren Finanzierungsbedingungen deutlich zurück. Die Zahl der Beschäftigung liegt in der oberen Variante im Jahresdurchschnitt um 93 000 über der Basislösung, während sie in der unteren um 73 000 darunter liegt. Darin kommt allerdings lediglich zum Ausdruck, dass

Simulationsrechnungen
verdeutlichen Auf- und
Abwärtsrisiken

1. Überblick

die positiven Impulse rascher zum Tragen kommen. Am Jahresende 2010 sind die Wirkungen wieder symmetrisch: Es sind gegenüber unserer Prognose 160 000 Arbeitsplätze entstanden bzw. verloren gegangen.

Tabelle 3

Szenarien der konjunkturellen Entwicklung

2010; Abweichung von der Basislösung in %-Punkten

	Pessimistische Variante	Optimistische Variante
Arbeitsmarkt		
Erwerbstätige, in 1 000	-73	93
Erwerbstätige am Jahresende, in 1 000	-156	161
Verwendung, real		
Private Konsumausgaben	-0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-1,0	0,6
Ausrüstungen	-2,3	1,2
Bauten	-0,2	0,2
Sonstige Anlagen	-0,1	0,2
Vorratsveränderung ¹	0,0	-0,1
Außenbeitrag ¹	-0,3	0,4
Exporte	-2,6	2,8
Importe	-2,1	2,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,6	0,6
Preise		
Private Konsumausgaben	-0,1	0,2
Verteilung		
Arbeitnehmerentgelt	-0,4	0,4
Unternehmens-/ Vermögenseinkommen	-2,1	1,9
Volkseinkommen	-1,0	0,9
Bruttolöhne und -gehälter	-0,4	0,4
Verfügbares Einkommen	-0,3	0,4
Staat		
Finanzierungssaldo, in Mrd. €	-4,7	5,1

Eigene Berechnungen. Zu den Annahmen der Szenarien vgl. Text. -¹Wachstumsbeitrag in %-Punkten.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

2. Die Verwendungskomponenten

2.1 Einbruch des Außenhandels wird allmählich überwunden

Nachdem sowohl die Aus- als auch die Einfuhren im ersten Quartal 2009 dramatisch eingebrochen waren, hat sich im zweiten Quartal bei den Exporten das Tempo deutlich verringert: Nach einem Minus von 10,5% im ersten Quartal gingen sie im zweiten Quartal lediglich um 1,2% zurück. Besonders hohe Einbußen erlitten die Investitionsgüter. Der Export von Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen (SITC 7) war im ersten Halbjahr 38% geringer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Export insgesamt: -22%). In regionaler Hinsicht nahmen die Lieferungen in den Euro-Raum noch leicht ab, die in die neuen EU-Staaten sowie nach Großbritannien wieder moderate Zunahme zu. Kräftig wachsen weiterhin die Exporte nach China, während für die USA eine allmähliche Stabilisierung zu beobachten ist. Dies alles, aber auch die wachsenden Auslandsaufträge und der sich belebende Welthandel machen Hoffnung auf eine Zunahme im Prognosezeitraum, zumal die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft immer noch besser ist als vor einem Jahr – trotz der Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar in den vergangenen Monaten.

Die Importe gingen zunächst weniger deutlich zurück als die Ausfuhren, sanken zuletzt aber kräftiger. In den beiden ersten Quartalen dieses Jahres war jeweils ein Minus von etwa 5% gegenüber dem Vorquartal zu verzeichnen. Damit lagen sie im ersten Halbjahr 2009 um etwa 11% unter dem Vorjahreswert. Besonders groß war das Minus mit 26% bei Halbwaren (SITC 6). Am aktuellen Rand zeichnet sich jedoch ebenfalls eine Besserung ab. Nach einem kräftigen Zuwachs der Importe im Juni von knapp 6% stagnierten sie im Juli. Somit ergab sich zuletzt für den Außenbeitrag ein differenziertes Bild. Während er im ersten Quartal erneut sank, verbesserte er sich im zweiten Quartal aufgrund der stark gesunkenen Importe.

Für den weiteren Verlauf dieses Jahres gehen wir von einer fortgesetzten Stabilisierung der Weltwirtschaft und damit auch des deutschen Außenhandels aus. Wir erwarten bereits für das laufende Quartal Zuwächse bei Ex- und Importen, bei letzterem auch deshalb, weil die Lager in den vergangenen Monaten wohl kräftig abgebaut wurden und nun wieder gefüllt werden müssen. Für den Jahresdurchschnitt 2009 rechnen wir aufgrund der deutlichen Rückgänge im ersten Halbjahr gleichwohl mit einer Abnahme um 15,9% (Export) bzw. um 10,2%. (Import). Für das Jahr 2010 gehen wir von einer weiterhin moderaten Belebung aus, da sich die Weltwirtschaft unserer Einschätzung nach erst allmählich erholen wird. Wir erwarten im Jahresdurchschnitt einen Zuwachs von 7,1% bei den Exporten. Die Importe dürften hingegen aufgrund der immer noch schwachen inländischen Nachfrage lediglich um 3,8% ausgeweitet werden.

Dramatischer Rückgang der
Investitionsgüterexporte

2. Die Verwendungskomponenten

Tabelle 4

Beitrag der Verwendungsaggregate¹ zum Wachstum des BIP

2004 bis 2010; in %-Punkten

	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ^p	2010 ^p
Inlandsnachfrage	-0,1	0,0	2,1	1,0	1,6	-1,7	-0,3
Konsumausgaben	-0,1	0,3	0,9	0,1	0,6	0,9	-0,2
Private Haushalte	0,1	0,2	0,8	-0,2	0,2	0,5	-0,5
Staat	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3
Anlageinvestitionen	-0,1	0,1	1,4	0,9	0,6	-1,8	0,1
Ausrüstungen	0,3	0,4	0,8	0,8	0,3	-1,6	0,1
Bauten	-0,4	-0,3	0,4	0,0	0,2	-0,2	0,0
Sonstige	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Vorratsveränderung	0,0	-0,4	-0,2	0,0	0,4	-0,8	-0,2
Außenbeitrag	1,4	0,8	1,0	1,5	-0,3	-3,3	1,5
Exporte	3,7	3,0	5,3	3,4	1,4	-7,5	2,8
Importe	2,3	2,2	4,3	1,9	1,7	-4,2	1,4
BIP²	1,2	0,8	3,2	2,5	1,3	-5,0	1,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Lundberg-Komponente berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise – ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – ^pEigene Prognose.

Bei den Ein- und den Ausfuhrpreisen sind nach dem jeweils leichten Anstieg im zweiten Quartal für den Prognosezeitraum keine großen Änderungen zu erwarten. Aufgrund der weltweit flauen Nachfrage können Preissteigerungen am Markt nur bedingt durchgesetzt werden. Dadurch ändern sich die terms of trade im Prognosezeitraum kaum. Der Außenbeitrag gibt somit im kommenden Jahr wieder einen erheblichen Impuls für das Wirtschaftswachstum. Wir erwarten einen positiven Wachstumsbeitrag von 1,5%-Punkten, nach einem negativen von 3,3%-Punkten in diesem Jahr (Tabelle 4).

2.2 Talsohle bei Ausrüstungsinvestitionen erreicht

Im ersten Halbjahr 2009 sanken die Ausrüstungsinvestitionen um 21,8% gegenüber dem Vorjahr. Besonders ausgeprägt war der Rückgang im ersten Quartal, als in arbeitstäglich- und saisonbereinigter Betrachtung mit 18,5% der stärkste Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik zu verzeichnen war. Die Gründe dafür liegen zum einen in der geringen weltweiten Nachfrage und der damit verbundenen äußerst niedrigen Kapazitätsauslastung. Zum anderen hat sich die Kre-

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Vorerst schwacher Anstieg
der Ausrüstungsinvestition

ditwürdigkeit vieler Unternehmen aufgrund der Absatzeinbrüche verschlechtert und damit auch deren Finanzierungsmöglichkeiten, wenn auch bisher keineswegs so schlimm wie in den Jahren 2002 und 2003, in denen sogar eine Kreditklemme angenommen wurde (KfW Unternehmensbefragung 2009; Nehls, Schmidt 2004). Damit würde der Tiefstwert bei den Ausrüstungsinvestitionen um 22% unter dem Höchstwert vor der Rezession liegen, was in etwa den Erfahrungen früherer Rezessionen entspricht, diesmal aber in einer bedeutend kürzeren Zeit erreicht wurde.

In der zweiten Jahreshälfte 2009 dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen wieder erholen. So gibt es seit April positive Signale seitens der Auftragsseingänge der Investitionsgüterhersteller, und die Erwartungen der Unternehmen haben sich zuletzt beständig verbessert. Aufgrund der anhaltend geringen Kapazitätsauslastung, der niedrigen Gewinnerwartung und der Unsicherheit über die zukünftige Produktion dürfte der Anstieg aber vorerst gering sein. Erst ab Mitte des kommenden Jahres ist eine wieder kräftigere Zunahme wahrscheinlich. Dann dürfte sich angesichts einer stabilisierten Weltkonjunktur die Kapazitätsauslastung verbessern. Vor allem aber ist zu erwarten, dass es aufgrund des Auslaufens der zeitlich befristet eingeführten degressiven Abschreibung zu Vorzieheffekten kommt. Für den Durchschnitt dieses Jahres rechnen wir mit einem Rückgang um 20,2% und für 2010 mit einer Zunahme um 1,7%.

2.3 Einbruch im Wirtschaftsbau

Die Bauinvestitionen gingen in der ersten Jahreshälfte um 4,1% gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Folgen der Rezession machen sich in den meisten Bausparten bemerkbar, wenn auch der Rückgang witterungsbedingt überzeichnet sein dürfte. Im weiteren Verlauf des Jahres 2009 dürfte der öffentliche Bau aufgrund der beiden Konjunkturpakete weiter kräftig zulegen, während in den übrigen Bausparten erst ab Mitte nächsten Jahres Zuwächse zu erwarten sind.

Die **Wohnungsbauinvestitionen** verzeichneten im ersten Halbjahr einen Rückgang um 4%². Für den weiteren Verlauf des Jahres gibt es verhalten positive Signale. So haben sich die Auftragsseingänge und die Baugenehmigungen stabilisiert. Zudem sind die Hypothekenzinsen niedrig. Impulse dürfte die „Wohn-Riester“-Regelung geben, zumal Finanzanlagen derzeit wohl als riskant eingeschätzt werden. Allerdings dürfte bei steigender Arbeitslosigkeit und höherem Arbeitsplatzrisiko die

² Der Quartalsverlauf der arbeitstäglichen- und saisonbereinigten Ergebnisse hängt stark vom gewählten Saisonbereinigungsverfahren ab. Das Census X-12 ARIMA Verfahren liefert ein Wachstum im ersten und eine Abnahme im zweiten Quartal. Plausibel wäre aufgrund des strengen Winters ein Minus im ersten Quartal. Dies erhält man, wenn man die Reihe mit dem Berliner Verfahren bereinigt. Hier ergibt sich eine Abnahme um 0,9% im ersten und ein Wachstum von 0,9% im zweiten Quartal.

2. Die Verwendungskomponenten

Verschuldungsneigung der privaten Haushalte abnehmen und die Kreditvergabe restriktiver werden. Allenfalls bei der Modernisierung des Wohnungsbestands dürfte es zu größeren Zuwächsen kommen, vor allem getragen durch die Förderung der CO₂-Gebäudesanierung. Alles in allem erwarten wir für 2009 und 2010 jeweils einen Rückgang um 1,5% bzw. 1,1%.

Der **Wirtschaftsbau** leidet erfahrungsgemäß am stärksten unter einer Rezession. Mit rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen sinkt auch der Bedarf an Fabrikgebäuden und Büroraum. Zudem verschlechtern sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Finanzierungsbedingungen. Allerdings zeigen die arbeits- und saisonbereinigten Quartalszahlen dies derzeit nicht. Die ersten beiden Quartale wiesen jeweils einen Zuwachs auf, das zweite sogar einen deutlichen. Zum Teil wurden wohl früher begonnene Bauvorhaben noch fertig gestellt, aber vor allem gibt es derzeit Probleme bei der Saisonbereinigung der Daten. Aussagekräftiger ist, dass die Investitionstätigkeit im ersten Halbjahr bereits um 5,7% unter der des vergleichbaren Zeitraums 2008 lag. Die Auftragseingänge waren zuletzt deutlich nach unten gerichtet, so dass sich der Rückgang fortsetzen dürfte und erst für das nächste Jahr – mit dem prognostizierten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen – eine Erholung zu erwarten ist. Für 2009 halten wir einen Rückgang um 7,1% und für 2010 einen um 4,9% für wahrscheinlich.

Wirtschaftsbau deutlich von Rezession betroffen

Die **öffentlichen Bauinvestitionen** gingen im ersten Halbjahr dieses Jahres um 0,3% zurück. Dabei zeigte sich im zweiten Quartal bereits ein Anstieg. Die beiden Konjunkturpakete dürften nur eine geringe Rolle gespielt haben. Zwar soll der Großteil der darin vorgesehenen Investitionsmittel von 19,3 Mrd. € in Bauprojekte fließen. Doch werden die Gelder von den Kommunen – denen der überwiegende Teil der Mittel zusteht – erst jetzt vermehrt abgerufen, da die Planungs- und Genehmigungsverfahren nun sukzessive abgeschlossen werden. Durch die erhöhte Nachfrage ist zum Teil mit Preissteigerungen zu rechnen, so dass die realwirtschaftlichen Effekte geringer ausfallen dürften. Zudem wird sich die Finanzlage der Gemeinden und Kommunen rezessionsbedingt deutlich verschlechtern, was deren Investitionstätigkeit im kommenden Jahr spürbar dämpfen dürfte. Dennoch wird aufgrund des Konjunkturprogramms der Anstieg beträchtlich sein. Wir erwarten eine Zunahme der öffentlichen Bauinvestitionen um 7,6% in diesem und um 13,8% im nächsten Jahr.

Kommunales Investitionsprogramm läuft an

Insgesamt kann der Zuwachs bei den öffentlichen Bauten voraussichtlich die Schwäche in den anderen Bausparten nicht ausgleichen. Wir prognostizieren daher für die Bauinvestitionen einen Rückgang um 2,2% in diesem und um 0,3% im kommenden Jahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

2.4 Privater Verbrauch sinkt 2010 voraussichtlich deutlich

Der private Konsum ist im ersten Halbjahr 2009 entgegen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung um (saisonbereinigt) 0,8% und damit deutlich gegenüber dem zweiten Halbjahr 2008 gestiegen. Ausschlaggebend dürften die geringen Preissteigerungen, das noch relativ gute Arbeitsmarktumfeld sowie die stark gestiegenen Kfz-Käufe gewesen sein, die sich infolge der Abwrackprämie im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres um 23% erhöhten. Das Statistische Bundesamt schätzt, dass sich der private Konsum ohne die Käufe von Pkw um 1% vermindert hat.

Hinzu kommt, dass die verfügbaren Realeinkommen trotz zuletzt deutlicher Rückgänge bei den Vermögens- und Gewinneinkommen (-2,3% im Vorjahresvergleich) und bei den Nettolöhnen (-1,2%) noch leicht um 0,1% zunahmen. Die Lohneinbußen wurden teilweise durch Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit (Kurzarbeitergeld) ausgeglichen. Zudem wurde die Steuer- und Abgabenbelastung reduziert, Transferzahlungen ausgeweitet und das Kindergeld erhöht. Letztlich wurde die Pendlerpauschale aus den Jahren 2007 und 2008 nachträglich erstattet, was das verfügbare Einkommen gesteigert hat. Die Sparquote, die seit 1999 in der Tendenz zugenommen hatte, verzeichnete gegenüber dem Vorjahr keinen weiteren Anstieg, was am niedrigen Zinsniveau, aber auch an den erhöhten Pkw-Käufen gelegen haben dürfte.

Begünstigt dadurch, dass die Renten zur Jahresmitte 2009 um 2,6% angehoben wurden und der Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung um 0,5%-Punkte reduziert wurde, wird der private Konsum auch in der zweiten Jahreshälfte wohl ausgeweitet werden. Allerdings dürften zum Jahresende hin die zunehmend angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt, das voraussichtlich wieder anziehende Preisniveau sowie die nun aufgrund vorgezogener Käufe wegfallende Pkw-Nachfrage mehr und mehr durchschlagen. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs um 0,8%.

Für das kommende Jahr erwarten wir einen deutlichen Rückgang der Konsumausgaben. Mit der dann wohl niedrigeren Erwerbstätigkeit und wohl auch geringeren Tarifsteigerung dürften die Lohneinkommen sinken. Auch bei den Vermögens- und Gewinneinkommen sind nochmalige Einbußen wahrscheinlich. Schließlich resultiert aus dem allenfalls geringen Anstieg der Bruttolöhne je Beschäftigtem in diesem Jahr eine bestenfalls schwache Zunahme der Altersrenten im kommenden Jahr³. Zwar wird zum Jahresbeginn 2010 die Einkommensteuer nochmals gesenkt. Gleichwohl erwarten wir einen Rückgang der verfügbaren Realeinkommen um

³ Eine Rentenkürzung, die sich gemäß der Rentenformel bei einem Rückgang der Bruttolöhne je Beschäftigtem ergeben würde, ist jüngst per Gesetz ausgeschlossen worden.

Realeinkommen trotz
Rezession leicht gestiegen

3. Produktion und Arbeitsmarkt

0,7%. Aufgrund der Verschlechterung am Arbeitsmarkt sowie als Reaktion auf das Vorziehen von Pkw-Käufen halten wir zudem einen Anstieg der Sparquote für wahrscheinlich. Insgesamt dürfte der private Verbrauch um 0,8% zurückgehen.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

3.1 Produktion vor Erholung

Die gesamtwirtschaftliche Produktion erlebte im ersten Halbjahr einen historischen Einbruch: Sie lag um 4,6% unter der im Halbjahr zuvor. Ausschlaggebend war der starke Rückgang des BIP um 3,5% im ersten Quartal. Dabei schrumpfte vor allem die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, allen voran in der Herstellung von Investitionsgütern, insbesondere im Maschinenbau. Im zweiten Quartal wuchs das BIP zwar um 0,3%, die Industrieproduktion ging aber nochmals leicht zurück. Dabei wirkte die Abwrackprämie stützend auf die Produktion von Kraftfahrzeugen und die mit der Automobilindustrie verbundenen Branchen wie der Metallerzeugung und Chemieproduktion. In der Bauwirtschaft dürften ebenfalls erste Wirkungen der Konjunkturpakete zu spüren gewesen sein; die Bauproduktion war im ersten Halbjahr saisonbereinigt um 1,2% höher als in der Vorperiode.

Abwrackprämie stützt
kurzfristig die Produktion

Auch im Dienstleistungssektor nahm die Wertschöpfung im ersten Halbjahr ab. Konsumnahe Dienste waren allerdings noch wenig betroffen; im Einzelhandel stagnierten die Umsätze mehr oder weniger. Die Anbieter von Unternehmensdienstleistungen wie die Logistik litten stärker unter der Rezession.

Für die zweite Jahreshälfte weisen die meisten Indikatoren auf einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion hin. Die Auftragseingänge sind in den jüngsten Monaten gestiegen, wenn auch ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Die Erwartungen der Unternehmen haben sich zuletzt beständig verbessert. Hinzu kommt, dass die Investitionsplanungen im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II wohl abgeschlossen sind und nun Aufträge vergeben werden. Die Binnennachfrage dürfte vor diesem Hintergrund leicht anziehen. Mit steigender Industrieproduktion werden auch die Unternehmensdienstleister mehr Aufträge erhalten. Allerdings sind mit dem Auslaufen der Abwrackprämie kräftige Rückschläge sowohl in der Kfz-Produktion und ihren Zulieferindustrien als auch beim Kfz-Handel zu erwarten, die aber wohl vorwiegend erst 2010 spürbar werden (vgl. Kasten 2). Insgesamt erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 2009 einen Rückgang des BIP um 5,0%.

Allerdings dürften sich bereits gegen Ende dieses Jahres und mehr noch im kommenden die Folgen der steigenden Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. Daher ist im nächsten Jahr eine Differenzierung zu erwarten: Während sich die

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Investitionsgüterproduktion und die Exportwirtschaft aufgrund der lebhafteren Weltwirtschaft zunehmend erholen werden und die Bauwirtschaft von den Konjunkturpaketen profitiert, dürften die konsumnahen Sektoren nun in Mitleidenenschaft gezogen werden. Wir erwarten im Jahresdurchschnitt 2010 einen Zuwachs des BIP um 1,2%.

Kasten 2

Auswirkungen der Abwrackprämie auf die Pkw-Neuzulassungen

Die Umweltprämie („Abwrackprämie“) wurde mit dem Konjunkturpaket II zu Beginn dieses Jahres eingeführt, offiziell mit der Begründung, einen Beitrag zur Reduzierung der Schadstoffbelastung im Straßenverkehr erzielen zu wollen. Eine zweite und auf kurze Sicht wohl wichtigere Intention war die Konjunkturstabilisierung. Standen zunächst 1,5 Mrd. € für die Prämie zur Verfügung, so wurde das Budget wegen der großen Nachfrage später auf 5 Mrd. € aufgestockt, was eine Subventionierung des Kaufs von 2 Mill. Pkw erlaubte.

Den gewünschten Beitrag zur Stabilisierung der privaten Konsumausgaben hat die Abwrackprämie wohl insofern geleistet, als diese entgegen manchen Erwartungen im ersten Halbjahr deutlich zunahmen. Allerdings dürften nun, da die Prämie ausläuft, mehr und mehr ihre Nebenwirkungen zu Tage treten. Diese sind vielfältig. So dürfte, da relative Preise verzerrt wurden, die Nachfrage nach anderen Konsumgütern verdrängt worden sein. Auch sind Folgen z.B. für den Gebrauchtwagenmarkt, die Reparaturwerkstätten und die Schrottpreise wahrscheinlich.

Im Mittelpunkt der folgenden Rechnungen stehen die Wirkungen auf die Automobilnachfrage in den kommenden Jahren. Dabei werden drei Effekte unterschieden:

- i** *Erstens ist mit Mitnahmeeffekten zu rechnen. Diese sind wahrscheinlich, da in Deutschland in jedem Jahr ohnehin gut 2 Mill. Pkw den Bestand verlassen (d.h. verschrottet oder ins Ausland verkauft werden), die für die Abwrackprämie „qualifiziert“ sind, weil sie mindestens neun Jahre alt sind.*
- i** *Zweitens könnten Vorzieheffekte auftreten, wenn Pkw-Besitzer einen z.B. erst für 2010 geplanten Kauf eines neuen Autos aufgrund der Subvention bereits 2009 tätigten.*
- i** *Drittens hat jede Veränderung der Altersstruktur des Fahrzeugbestands Echoeffekte. Zunächst wirken diese negativ auf die Zahl der Neuzulassungen: Je höher der Anteil jüngerer Fahrzeuge ist, desto weniger stehen zum Ersatz an. Später werden diese positiv, wenn der ungewöhnlich große Zulassungsjahrgang 2009 ein Alter erreicht hat, in dem der Ersatz durch neue Fahrzeuge ansteht.*

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Einfluss der Abwrackprämie auf die Zahl der Pkw-Neuzulassungen
2009 bis 2020; in Mill.



Eigene Berechnungen. – ¹ 25% der Pkw-Käufer hätten 2009 auch ohne Abwrackprämie ein Fahrzeug gekauft. – ² 40% der Pkw-Käufer hätten ohne Abwrackprämie ihr Fahrzeug erst 2010 gekauft. – ³ Kombination eines Mitnahmeeffekts von 25% mit einem Vorzieheffekt von 40%.

Deren Folgen für die Pkw-Zulassungen sollen hier quantifiziert werden. Methodische Grundlage ist dabei eine vereinfachte Sterbetafel für Pkw. Sie wurde aus den jährlichen Angaben zum Pkw-Bestand nach Zulassungsjahren ermittelt und enthält altersspezifische Abgangswahrscheinlichkeiten. Mit diesen lässt sich der noch im Verkehr befindliche Bestand eines jeden Zulassungsjahrgangs fortschreiben. So sind, wenn die bisherigen Abgangsquoten weiter gelten, von den Neuzulassungen des Jahres 2008 (rund 3 Mill. Pkw) im Jahr 2025 etwa 850 000

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch im Verkehr. Bei Kenntnis der Altersstruktur des Bestands kann man mit Hilfe der Abgangsquoten errechnen, wie viele Neuzulassungen pro Jahr erforderlich sind, um einen bestimmten Bestand zu erreichen. Als Vergleichsbasis für alle weiteren Rechnungen ermitteln wir die Zahl der Neuzulassungen, die erforderlich wären, wollte man unbeeinflusst von der Abwrackprämie den Pkw-Bestand auf dem Niveau von 2008 halten. Im Jahr 2009 wären dazu z.B. 2,91 Mill. Neuzulassungen erforderlich gewesen.

Abweichend von diesem Basisszenario werden vier Szenarien gerechnet. Die drei ersten dienen der Veranschaulichung der angesprochenen Effekte. Im ersten wird unterstellt, dass die Abwrackprämie in vollem Umfang zu zusätzlichen Käufen anregt. Im zweiten wird unterstellt, dass 25% der Nutzer der Abwrackprämie 2009 ohnehin einen Neuwagen gekauft hätten. Das dritte Szenario betrachtet isoliert Vorzieheffekte: Angenommen wird, dass 40% der Nutzer der Abwrackprämie ohne diese ihren Neuwagen erst 2010 erworben hätten. Die verwendeten Parameter bezüglich des Mitnahme- und des Vorzieheffekts orientieren sich dabei an Befragungen, die zur Nutzung der Abwrackprämie durchgeführt wurden¹. Daher dürfte man ein realitätsnahes Bild der Wirkungen der Prämie erhalten, wenn man im vierten Szenario das zweite und das dritte kombiniert. Die Zulassungszahlen werden jeweils als Abweichungen von dem Basisszenario dargestellt.

Das erste Szenario zeigt – definitionsgemäß – den größten konjunkturellen Impuls im laufenden Jahr und verdeutlicht für die Jahre ab 2010 den Echoeffekt in Reinform. Im kommenden Jahr wäre die Zahl der Neuzulassungen um etwa 320 000 (rund 10%) niedriger als im Basisszenario, im Jahr 2011 nochmals um 250 000. Im Verlauf der Jahre würde der Effekt abnehmen und 2019 ins Gegenteil umschlagen. Das zweite Szenario ergibt wenig überraschend einen geringeren Konjunkturimpuls in diesem Jahr und zeigt danach ebenfalls geringere Echoeffekte. Im dritten Szenario ist der konjunkturelle Impuls 2009 zwar gleich hoch wie im ersten, jedoch ist 2010 ein kräftiger Rückschlag bei den Neuzulassungen aufgrund des Wegfalls der vorgezogenen Käufe und des Echoeffekts zu registrieren, wobei der Echoeffekt in den Folgejahren allerdings gering ausfällt.

¹ In verschiedenen Umfragen gaben zwischen 45% und 55% der Befragten an, dass sie aufgrund der Abwrackprämie einen Pkw-Kauf zeitlich vorziehen (o.V. 2009a). Einer Studie von Eurotax-Schwabe zufolge gaben etwa 70% der Neuwagenkäufer an, dass ihr Altfahrzeug ohnehin zum Ersatz angestanden hätte (o.V. 2009b). Legt man den genannten Vorzieheffekt zugrunde, ergibt sich ein Mitnahmeeffekt im laufenden Jahr von 15% bis 25%.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Das vierte – unserer Einschätzung nach realitätsnahe – Szenario zeigt, dass die Pkw-Neuzulassungen 2009 um 1,5 Mill. höher, 2010 etwa 1,3 Mill. niedriger sind als im Basisszenario. Der Echoeffekt ist, da letztlich 70% der geförderten Käufe entweder 2009 oder 2010 ohnehin getätigt worden wären, gering. Legt man den Normalfall von rund 3,3 Mill Zulassungen (Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008) zugrunde, so bedeuten 1,5 Mill. zusätzliche Neuzulassungen ein Plus von 45% in diesem Jahr. Von Januar bis August wurde bereits ein Zuwachs um 27% erzielt und viele haben die Prämie beantragt, aber ihren Neuwagen noch nicht zugelassen. Insofern erscheint das Simulationsergebnis nicht unplausibel, zumal es ohne die Prämie 2009 aus konjunkturellen Gründen wahrscheinlich weniger Zulassungen gegeben hätte als im langfristigen Mittel.

Im kommenden Jahr dürfte die Zahl der Pkw-Neuzulassungen kräftig zurückgehen. Treffen unsere Annahmen zu – und werden zudem alle geordneten Pkw 2009 ausgeliefert –, so könnte das Minus rund 60% gegenüber dem überhöhten Wert von 2009 bzw. rund 30% gegenüber dem langfristigen Mittel betragen. Dies dürfte sich erheblich auf Produktion und Konsum auswirken und den beginnenden Aufschwung belasten.

3.2 Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit 2010

Der Arbeitsmarkt zeigt sich trotz des tiefen Einbruchs der Produktion bisher außerordentlich robust. Zwar ging die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt in den ersten sieben Monaten dieses Jahres kontinuierlich um insgesamt rund 180 000 Personen zurück, jedoch liegt sie erst seit Mai unter dem Vorjahresniveau. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm bis Juni um 150 000 ab. Am stärksten war der Rückgang in der Zeitarbeitsbranche, in der jeder vierte Arbeitsplatz verloren ging. Die Rückgänge konzentrierten sich daneben auf das Verarbeitende Gewerbe, während in vielen Dienstleistungssektoren die Beschäftigung sogar noch leicht stieg. Die Zahl der Selbständigen sank im ersten Halbjahr saisonbereinigt um 20 000, was vor allem am Rückgang der geförderten Selbständigkeit (-17 000) lag⁴.

Aufgefangen wurden die massiven Produktionsausfälle und der dadurch ausgelöste Rückgang des Arbeitsvolumens – das im ersten Halbjahr um 3,8% unter dem Vorjahreswert lag – bisher zum größten Teil dadurch, dass die Arbeitszeit je Beschäftigten um 3,9% reduziert wurde (Schaubild 5). So reagierten die Unternehmen zunächst mit verlängerten Urlaubszeiten und dem Abbau von Arbeitszeitkonten, und sie nutzten Spielräume zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

⁴ Hier schlägt vor allem das Auslaufen der Förderung von Ich-AGs zu Buche.

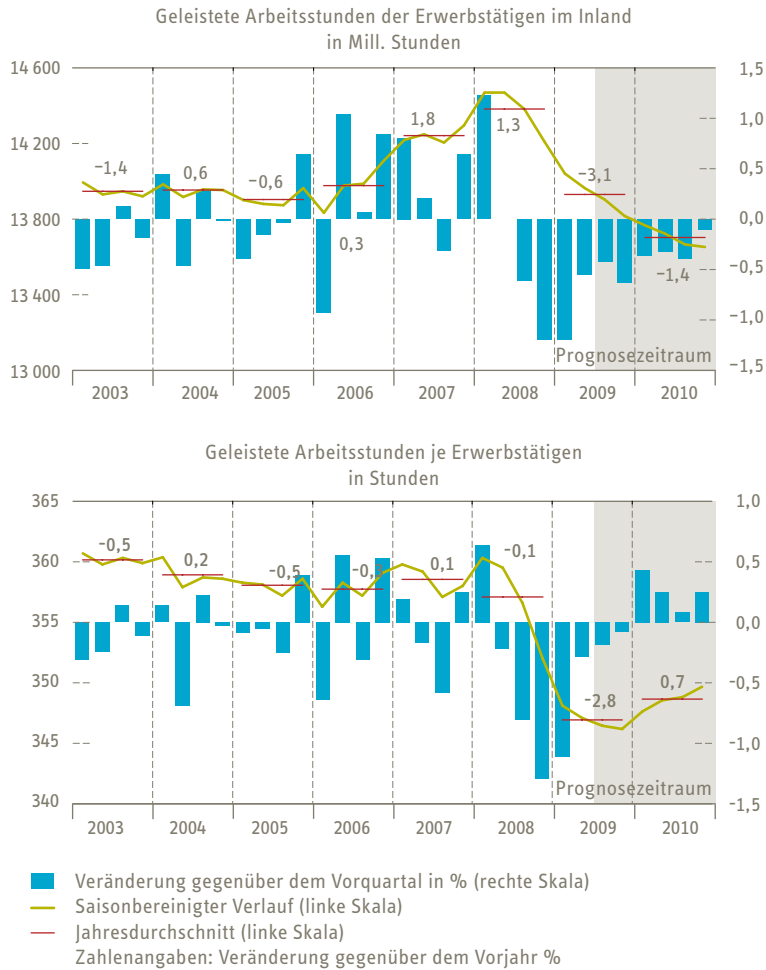
Sinkende Arbeitszeit und rückläufige Produktivität fangen bislang Produktionsausfälle auf

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 5

Geleistete Arbeitsstunden

2003 bis 2009; Saisonbereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

Seit dem Jahreswechsel machten sie zudem in erheblichem Umfang von der Möglichkeit der Kurzarbeit Gebrauch, was durch die Arbeitsmarktpolitik begünstigt wurde. So wurde die Bezugsdauer auf maximal 24 Monate verlängert und

3. Produktion und Arbeitsmarkt

der Staat übernimmt nun die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge. Diese Regelung wurde wohl auch deshalb von vielen Arbeitgebern in Anspruch genommen, weil sie noch im vergangenen Jahr unter einen Fachkräftemangel litten und nun bestrebt waren, qualifiziertes Personal zu halten und Entlassungs- bzw. spätere Einstellungskosten zu vermeiden. Im März dieses Jahres waren bereits knapp 1,3 Mill. Beschäftigte in Kurzarbeit. Bis Juni dürfte sich deren Zahl auf rund 1,43 Mill. erhöht haben (BA 2009a: 10). Hinzu kam, dass sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen (im Juni 250 000 im Vorjahresvergleich) durch Teilzeitstellen (+210 000) ersetzt wurden. Auch stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten bis Juni um 105 000, was darauf hindeutet, dass vermehrt sozialversicherungspflichtige Stellen durch Minijobs substituiert wurden.

Die Arbeitslosigkeit stieg von Januar bis August um 256 000 Personen und lag im März erstmals über dem Vorjahreswert⁵. Dabei ist zu berücksichtigen, dass seit Mai Erwerbslose, die von externen Vermittlern betreut werden, nicht mehr als arbeitslos registriert werden. Dies betrifft rund 190 000 Arbeitslose, die bis November 2009 sukzessive aus der Statistik fallen (BA 2009b: 36). Die Zahl der Arbeitsuchenden⁶ lag im August mit rund 6 Mill. bereits um mehr als 500 000 höher als im Vorjahr. Seit Mai 2009 weist die BA zudem die Zahl der Unterbeschäftigten aus, die neben den registrierten Arbeitslosen auch die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und zeitweise arbeitsunfähig Erkrankte enthält (Tabelle 5). Sie lag im August um 335 000 Personen über dem Vorjahreswert. Bezieht man auch die Kurzarbeiter ein, umgerechnet in Vollzeitäquivalente, so dürfte die Zunahme sogar schätzungsweise 770 000 Personen betragen.

Folge des gemessen an der schwachen Kapazitätsauslastung nach wie vor hohen Beschäftigungsstands ist eine deutlich gesunkene Arbeitsproduktivität (Schaubild 6). Je Stunde gerechnet lag die Produktivität im zweiten Quartal 2009 um 2,4% unter ihrem Vorjahreswert, je Erwerbstätigen gerechnet sogar um 7,1%. Besonders das Verarbeitende Gewerbe weist mit 23% einen dramatischen Einbruch der Produktivität je Erwerbstätigen auf. Eine derartige Abschwächung hatte es selbst während der Ölpreis-Krisen der siebziger Jahre nicht gegeben. Die ungewöhnlich stark gesunkene Produktivität und die rückläufige Arbeitszeit je Erwerbstätigen zeigen, dass in den Unternehmen noch ein erheblicher Anpas-

Knapp 200 000 Arbeitslose werden aus der Statistik herausgerechnet

⁵ Die Arbeitslosigkeit hat damit stärker zugenommen, als es angesichts des Abbaus an Erwerbstätigkeit zu erwarten wäre. Dies könnte nach Einschätzung der Bundesbank (2009: 58) damit zusammenhängen, dass viele Teilzeitstellen in sozialen Berufen geschaffen wurden, die aus der stillen Reserve besetzt wurden.

⁶ Hierzu zählen neben den registrierten Arbeitslosen insbesondere Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, geringfügig Beschäftigte, die eine reguläre Beschäftigung suchen, sowie von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer, die nach einer Kündigung vorübergehend noch beschäftigt sind.

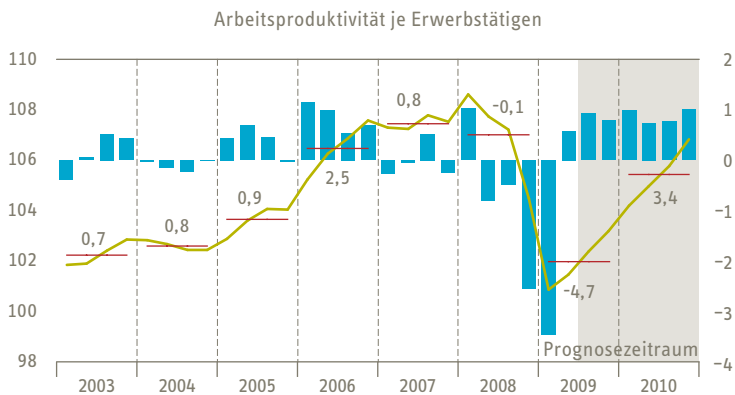
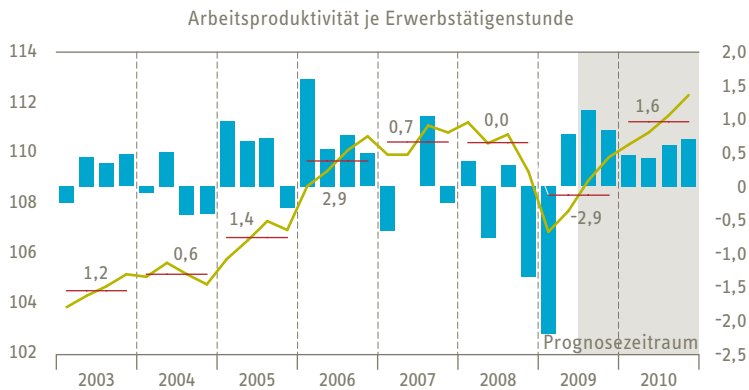
Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

sungsbedarf beim Personal besteht, der sich in den kommenden Monaten sogar noch vergrößern dürfte, da die deutsche Wirtschaft vorerst wohl mit einer Rate unterhalb der Potenzialrate wächst. Daher gehen wir davon aus, dass sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit zunächst verstärkt und sich erst im kommenden Jahr allmählich abschwächen wird.

Schaubild 6

Arbeitsproduktivität

2003 bis 2010; 2000 = 100; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



- Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala)
 - Saisonbereinigter Verlauf (linke Skala)
 - Jahresdurchschnitt (linke Skala)
- Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr %

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Die Möglichkeiten einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowie das Instrument der Kurzarbeit dürften hingegen weitgehend ausgereizt sein. Darauf deutet u.a. hin, dass die Zahl der Anzeigen konjunkturbedingter Kurzarbeiter im August nur noch 98 000 Arbeitnehmer betraf, nach 160 000 im Juli und 204 000 im Juni. Hinzu kommt, dass die Arbeitskosten bei Kurzarbeit nicht proportional zur ausgefallenen Arbeitszeit sinken, da ein Teil der Lohnnebenkosten auch weiterhin anfällt (Bach, Spitznagel, 2009). Für die Arbeitgeber ist Kurzarbeit daher nur attraktiv, wenn der Produktionsausfall zeitlich begrenzt ist und die auf diese Art entstehenden zusätzlichen Kosten (sog. Remanenzkosten) unter den erwarteten Entlassungs- und Wiedereinstellungskosten liegen. Bei der von uns prognostizierten nur allmählichen Aufhellung gehen wir davon aus, dass sich Arbeitgeber nun vermehrt gezwungen sehen werden, Arbeitnehmer zu entlassen, die bisher in Kurzarbeit waren, um so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.

Möglichkeiten zur Verkürzung der Arbeitszeit dürften ausgereizt sein

Ein besonders starker Beschäftigungsabbau ist zum Jahreswechsel zu erwarten, da die meisten Betriebe in der ersten Jahreshälfte für 6 bis 8 Monate Kurzarbeit angemeldet haben (Crimmann, Wießner 2009) und dann über deren Verlängerung entscheiden müssen. Bei anhaltend schwacher Auftragslage ist es wahrscheinlich, dass sich viele Unternehmen zu Entlassungen durchringen müssen. Zwar werden im Rahmen des Konjunkturpakets II arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie Trainings- oder Weiterbildungsmaßnahmen, ausgeweitet, und es werden mehr Vermittler bei den Arbeitsagenturen eingestellt. Damit dürfte es jedoch nicht gelingen, den an Breite gewinnenden Abbau insbesondere der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aufzufangen. Entlastend wirkt allerdings der demografisch bedingte Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, den das IAB für 2009 und 2010 auf jeweils rund 150 000 Personen schätzt (Bach et al. 2009).

Bei einem erwarteten Rückgang des Arbeitsvolumens um 3,4% in diesem Jahr rechnen wir aufgrund der reduzierten individuellen Arbeitszeit mit einer jahresdurchschnittlichen Verringerung der Erwerbstätigkeit um 0,3% bzw. 120 000 Personen. Im Jahresverlauf wären dies rund 550 000 Erwerbstätige weniger (Schaubild 7). Spiegelbildlich dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf um 500 000 steigen, was wegen des statistischen Unterhangs aus dem Jahr 2008 gleichbedeutend ist mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 214 000 auf 3,5 Mill. Die Arbeitslosenquote dürfte sich damit auf durchschnittlich 8,3% erhöhen.

Demographischer Faktor entlastet Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

2004 bis 2010; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ^p	2010 ^p
Erwerbspersonenpotenzial	44 438	44 540	44 508	44 456	44 368	44 217	44 069
Arbeitsvolumen	56 046	55 693	55 858	56 845	57 583	55 785	54 996
Erwerbstätige Inländer ¹	38 796	38 741	38 996	39 656	40 220	40 098	39 243
Selbständige ¹	4 222	4 355	4 391	4 436	4 434	4 391	4 359
darunter:							
Förderung der Selbständigkeit ¹	234	322	300	237	180	143	152
Arbeitnehmer ²	34 574	34 386	34 605	35 220	35 786	35 708	34 884
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 561	26 237	26 365	26 942	27 510	27 466	26 689
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 742	4 771	4 819	4 861	4 866	4 923	4 942
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)				4 963	4 324	4 547	5 374
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	4 381	4 861	4 487	3 777	3 268	3 481	4 133
Aktivierung und berufliche Eingliederung						117	301
Berufliche Weiterbildung	184	113	146	149	171	221	283
„Ein-Euro-Jobs“	12	225	328	323	315	325	348
Gründungszuschuss			16	92	123	125	142
Kurzarbeiter	151	126	67	68	101	1 255	605
Unterbeschäftigte (einschließlich Kurzarbeiter ²)				4 999	4 369	4 966	5 559
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	10,5	11,7	10,8	9,0	7,8	8,3	9,8
Erwerbslosenquote ⁴	9,7	10,6	9,8	8,3	7,2	7,7	9,5

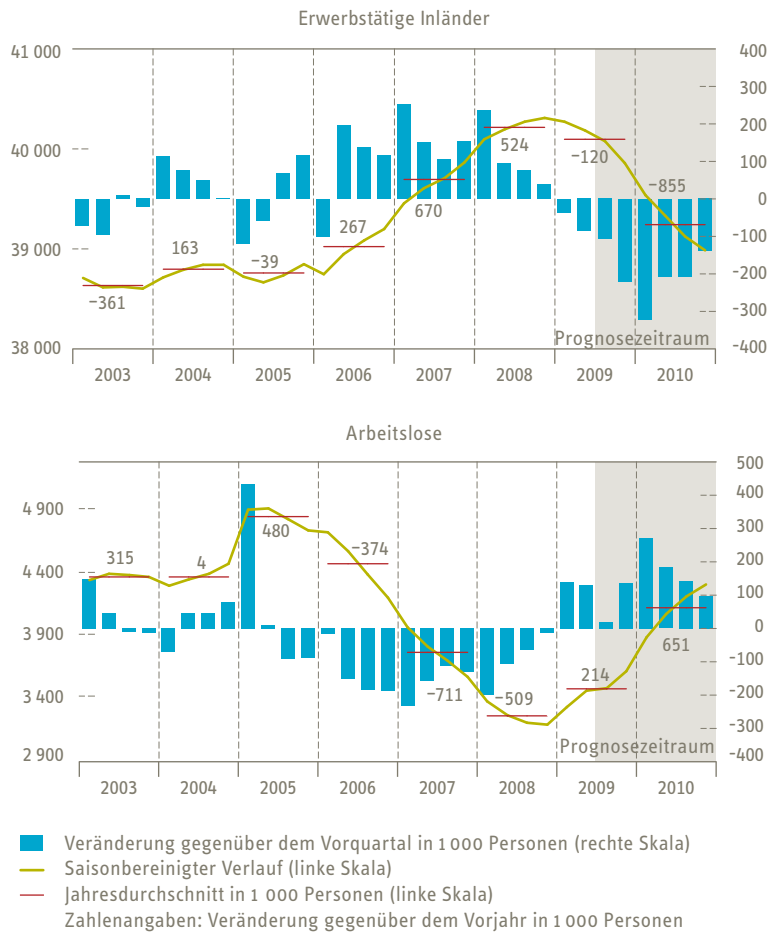
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. – ¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. – ²Vollzeitaquivalente – ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – ⁴Abgrenzung der International Labour Organisation; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. – ^pEigene Prognose; Angaben gerundet.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Schaubild 7

Erwerbstätige und Arbeitslose

2003 bis 2010; saisonbereinigter Verlauf in 1 000 Personen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

Für das nächste Jahr ist ein weiterer Rückgang des Arbeitsvolumens um 1,4% zu erwarten. Die durchschnittliche Arbeitszeit dürfte sich im Zuge der rückläufigen Kurzarbeit – wir rechnen mit einer Halbierung der Zahl der Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt – wieder um 0,7% erhöhen. Die Erwerbstätigkeit wird sich

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

damit voraussichtlich verringern, wengleich in abnehmendem Tempo. Für den Jahresverlauf erwarten wir einen Rückgang um 815 000 Personen. Aufgrund des statistischen Unterhangs aus 2009 entspricht dies im Jahresdurchschnitt einer Verringerung um 2,1% bzw. 855 000 Personen. Damit läge die Stundenproduktivität zum Ende des Prognosezeitraums in etwa auf dem Niveau, das vor der Krise beobachtet wurde.

4,1 Mio. Arbeitslose im
Jahresdurchschnitt 2010

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit dürfte aufgrund des demographischen Faktors und weil nicht alle Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sich arbeitslos melden, etwas geringer ausfallen. Wir rechnen mit einer Zunahme um 635 000 Personen im Jahresverlauf. Im Jahresdurchschnitt läge die Arbeitslosenzahl dann bei rund 4,1 Mill. und die Arbeitslosenquote bei 9,8%. Dabei ist zu bedenken, dass ohne die angesprochene Änderung der Statistik die Zahl der Erwerbslosen um rund 200 000 höher ausgewiesen worden wäre.

4. Preise und Löhne

4.1 Hoher Anstieg der Effektivlöhne infolge der Kurzarbeit

Nach vergleichsweise hohen Abschlüssen in den beiden vergangenen Jahren vereinbarten die Tarifparteien in diesem Jahr wieder moderatere Lohnzuwächse. Nach Angaben des WSI (2009a: 17) betrug die Abschlussrate der im ersten Halbjahr ausgehandelten und im Jahr 2009 in Kraft tretenden Tarifverträge 2,8% nach 4,6% im Vorjahr. Angesichts der konjunkturellen Lage und der niedrigen erwarteten Preissteigerungen erscheint dies gleichwohl recht hoch. Allerdings betreffen die Lohnrunden des ersten Halbjahres nur ein Fünftel der von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmer, für andere gelten noch die Abschlüsse vergangener Jahre. Zudem wurden in vielen Branchen Nullmonate ohne Tarifierhöhung sowie Öffnungsklauseln vereinbart, die den Arbeitgebern erlauben, die Kostenwirkungen der Abschlüsse zu mildern. Nichtsdestotrotz lag der Anstieg der tariflichen Grundvergütungen nach Berechnungen der Bundesbank im ersten Halbjahr mit 2,8% nur leicht niedriger als im Vorjahr. Die tariflichen Stundenverdienste, die auch die vereinbarten Einmalzahlungen beinhalten, nahmen mit 2,9% im ersten Halbjahr sogar erheblich stärker zu als im Vorjahreszeitraum.

Tariflöhne steigen
nochmals deutlich

Überraschend ist, dass der Anstieg der Effektivlöhne mit 4,3% über dem der Tariflöhne lag, die Lohndrift also deutlich positiv war. In früheren Rezessionen war sie in der Regel negativ (Schaubild 8). Ausschlaggebend dafür war zum einen, dass anscheinend mehr Arbeitsstunden bezahlt als geleistet wurden, weil Arbeitszeitkonten abgebaut wurden. Zum anderen sehen zahlreiche Tarifverträge eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes vor, wodurch je nach Branche zwischen

4. Preise und Löhne

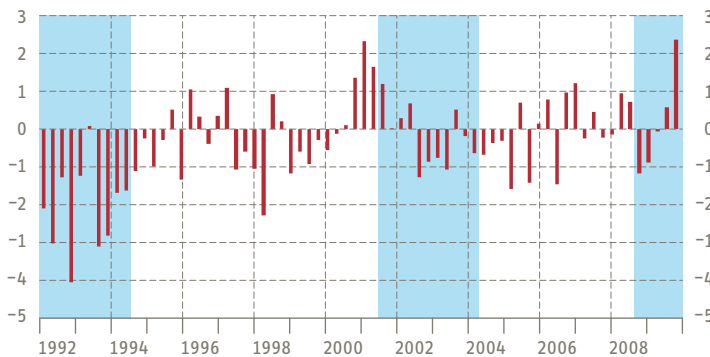
75 und 100% des Nettoarbeitsentgeltes gesichert werden (WSI 2009b: VI)⁷. Dies hat zur Folge, dass sich die Lohnkosten bei Kurzarbeit nicht proportional zur ausgefallenen Arbeitszeit reduzieren (Bach, Spitznagel 2009).

Bei nach wie vor recht kräftig zunehmenden Löhnen einerseits, einer sinkenden Kapazitätsauslastung und nur allmählicher Reduktion der Beschäftigung andererseits stiegen die Lohnstückkosten im ersten Halbjahr dramatisch um 8,2%. Im Verarbeitenden Gewerbe, das von der Rezession besonders stark betroffen ist, erhöhten sie sich geradezu explosionsartig um 25%. Es ist schwer vorstellbar, dass dies ohne deutliche Konsequenzen für die Beschäftigung bleiben wird.

Schaubild 8

Lohndrift¹

1992 bis 2009; in %



■ Abschwung- und untere Wendepunktphasen
nach RWI-Klassifikationsschema s. Döhrn et al., 2007

¹Differenz zwischen der Steigerung des Tariflohns je Stunde und der Bruttolöhne und -gehälter je geleisteter Arbeitsstunde. – Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesbank.

Die Ergebnisse der jüngsten Tarifrunden lassen für die zweite Jahreshälfte eine deutlich geringere Zunahme der tariflichen Stundenlöhne um 1,7% erwarten, womit im Jahresdurchschnitt 2009 ein Anstieg von 2,3% erreicht würde. Ausschlag gebend ist hierfür vor allem, dass Einmalzahlungen, die in der zweiten Jahreshälfte 2008 in großem Umfang gezahlt wurden, in diesem Jahr nur in geringem Maße vorgesehen sind. Zudem ist zu erwarten, dass ein Teil der Unternehmen von

Geringerer Lohnanstieg
in 2010

⁷ So ist in manchen Tarifbereichen (z.B. Deutsche Bahn) festgelegt, dass bei geringfügiger Kurzarbeit (z.B. bis zu 10%) keine Kürzung der Löhne und Gehälter vorgenommen werden darf.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Öffnungsklauseln Gebrauch machen wird und Lohnerhöhungen verschoben oder ausgesetzt werden. Bei den Effektivlöhnen rechnen wir im Jahresdurchschnitt 2009 mit einem Anstieg um 3,5%. Dabei ist unterstellt, dass sich die Stundenlohndrift bei deutlich sinkender Kurzarbeit und weil die Arbeitszeitkonten allmählich geleert sein dürften, wieder zurückbildet und – wie bei unterausgelasteten Kapazitäten früher stets beobachtet – negativ wird. Für die Lohnstückkosten auf Stundenbasis rechnen wir für das Jahr 2009 mit einem Anstieg um 5,7%.

Für das kommende Jahr liegen in vielen Branchen bereits Abschlüsse vor. Sie lassen eine Zunahme der tariflichen Stundenlöhne um 1,7% erwarten. Der Anstieg der Effektivverdienste dürfte mit 0,8% deutlich darunter liegen, da sich mit steigender Kapazitätsauslastung und aufgrund des zu erwartenden Beschäftigungsabbaus die gezahlte wieder der geleisteten Arbeitszeit annähern wird. Zudem dürften die Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld bei rückläufiger Kurzarbeit geringer werden. Schließlich ist davon auszugehen, dass die Unternehmen bei immer noch angespannter wirtschaftlicher Lage weiterhin übertarifliche Leistungen kürzen und auf betrieblicher Ebene Lohnsenkungen vereinbart werden. Für die Lohnstückkosten prognostizieren wir einen Rückgang um 1,9%

4.2 Moderater Anstieg der Verbraucherpreise

Im ersten Halbjahr 2009 hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise kontinuierlich abgeschwächt. Im Juli war das Preisniveau sogar um 0,5% niedriger als vor einem Jahr. Dies ist der erste Rückgang der Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich im wiedervereinigten Deutschland. Ausschlaggebend war der rasante Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise. Aber auch der spürbare Anstieg der Preise für saisonabhängige Güter, speziell für Nahrungsmittel kam zum Erliegen (Schaubild 9).

Freilich reflektiert die derzeit negative Inflationsrate im Wesentlichen Preisrückgänge in der Vergangenheit. Zwischen August 2008 und Januar 2009 war das Preisniveau um knapp 1% gesunken. Auf die Vorjahresrate schlug dies erst nach und nach durch, weil diese noch lange von den hohen Preissteigerungen in der ersten Hälfte von 2008 geprägt wurde. Erst im dritten Quartal 2009 lief dieser Basiseffekt aus, mit der Folge, dass nun die Inflationsrate negativ wurde, obwohl sich das Preisniveau bereits seit Februar 2009 in der Tendenz wieder leicht erhöht. Dies spricht gegen akute Deflationsgefahren. Der Preisanstieg ist im Wesentlichen auf höhere Rohöl- und Rohstoffpreise zurückzuführen. Da diese gegen Ende des Jahres deutlich über ihren Vorjahreswerten liegen dürften, ist zu erwarten, dass die Inflationsrate im vierten Quartal wieder positiv sein wird. Im Jahr 2010 wird das Preisniveau voraussichtlich, gestützt durch eine wirtschaftliche Stabilisierung, moderat zunehmen. Wir rechnen mit einer durchschnittlichen Teuerung um 0,4% bzw. 1,3%

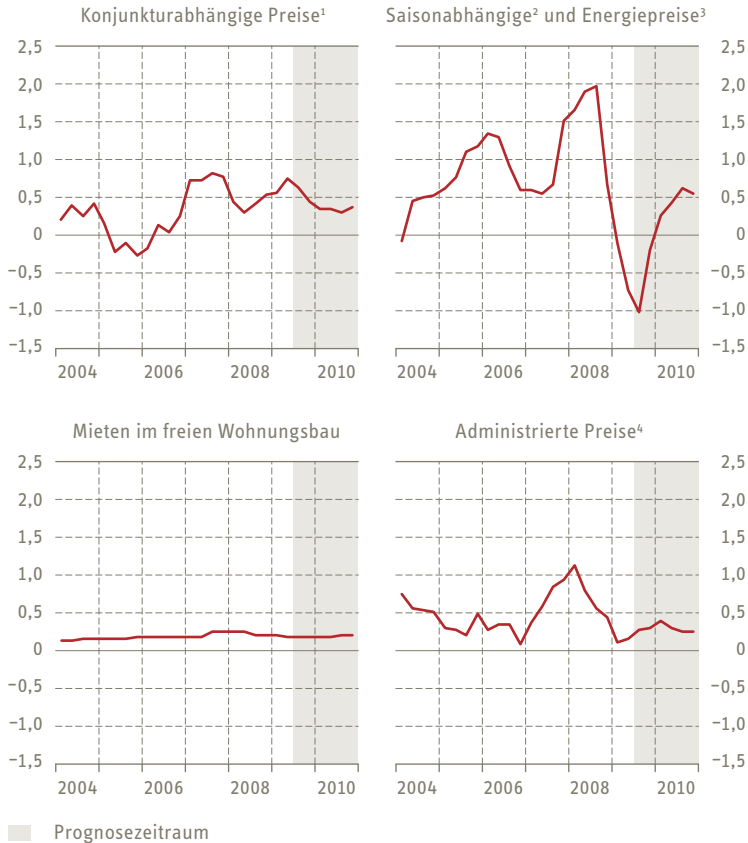
Dämpfender Effekt der Rohstoffpreise läuft aus

4. Preise und Löhne

Schaubild 9

Beitrag der Preiskomponenten zur Teuerung der Lebenshaltung

2004 bis 2010; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Zahlen ab dem 3. Quartal 2009 Schätzungen des Institutes. – ¹Preise für Bekleidung, Schuhe, Möbel, Haushaltsgeräte sowie andere Waren und Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Gruppierungen enthalten. – ²Preise für Nahrungsmittel, Getränke (ohne Spirituosen) und für Blumen. – ³Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe. – ⁴ Mieten im sozialen Wohnungsbau, Medikamente, Dienstleistungen der Ärzte und Krankenhäuser, Tarife für öffentliche Verkehrsleistungen (außer Bahn- und Flugreisen), Brief- und Paketbeförderung der Post, Pkw-Gebühren, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Preise für Theater, Bäder, Volkshochschulen, Kindergärten und sonstige kommunale Gebühren, Preise für Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung an freiwillige Beitragszahler sowie Preise für Tabakwaren und Spirituosen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

5. Finanz- und Wirtschaftskrise durchkreuzt Finanzplanung

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich im Prognosezeitraum spürbar verschlechtern. Einerseits steigen die Ausgaben sehr deutlich an, auf der anderen Seite werden die Staatseinnahmen erstmals seit 2004 wieder sinken.

Die Staatsausgaben dürften in diesem Jahr um 4,7% zunehmen. Ausschlaggebend sind zum einen die zusätzlichen Ausgaben zur Stabilisierung der Konjunktur, insbesondere die Aufstockung der staatlichen Investitionen, die Einführung der Abwrackprämie und die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Tabelle 6, sowie die Konjunkturpolitische Chronik www.rwi-essen.de/kchronik). Zum anderen schlagen die infolge der Rezession kräftig expandierenden Ausgaben für Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Insolvenzgeld zu Buche. Zudem wurden die Honorare für ärztliche und Krankenhausleistungen gesteigert, Sozialleistungen wie Kindergeld, Wohngeld und der Ausbildungsbeihilfen erhöht und die Altersrenten sowie – gekoppelt daran – die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgrund des Aussetzens des Riesterfaktors stärker als in der Rentenformel vorgesehen angehoben⁸.

Im Jahr 2010 dürften die Staatsausgaben etwas schwächer steigen (3,4%). Neben dem Wegfall der temporären Stimulierungsmaßnahmen dürfte eine Rolle spielen, dass die Löhne im öffentlichen Dienst wohl weniger stark erhöht und die Altersrenten nicht angehoben werde. Die öffentlichen Investitionen hingegen werden wohl nochmals verstärkt ausgeweitet, denn der überwiegende Teil der in den Konjunkturpaketen geplanten Ausgaben dürfte erst 2010 getätigt werden. Auch muss voraussichtlich mehr für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit und – bei steigender Staatsverschuldung – für den Schuldendienst aufgewendet werden.

Die Einnahmen des Staates werden demgegenüber in den Jahren 2009 und 2010 wohl um 2,0 bzw. 1,1% sinken. Besonders kräftig dürfte der Rückgang des Steueraufkommens mit 4,4 bzw. 2,4% ausfallen. Hierin schlagen sich die verschlechterte Gewinnsituation der Unternehmen, die rückläufige Beschäftigung sowie die zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossenen Steuerentlastungen nieder, insbesondere die Änderungen des Einkommensteuertarifs und die Verbesserung der Abschreibungsregelungen. Hinzu kommt, dass ab 2010 die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung verstärkt steuerlich geltend gemacht werden können⁹.

⁸ Bei Einrechnung des Riester-Faktors, der die zusätzliche Aufwendungen der Beitragszahler für die private Altersvorsorge berücksichtigt, wäre die Rentensteigerung am 1. Juli 2009 um 0,6%-Punkte geringer ausgefallen.

⁹ Die aus der rückwirkenden Wiedereinführung der alten Regelung bei der Entfernungspauschale resultierenden Steuererstattungen für die Jahre 2007 und 2008 in Höhe von 4,2 Mrd. € schlagen sich in den VGR hingegen im laufenden Jahr nicht aufkommensmindernd nieder. Sie wurden im vierten Vierteljahr 2008, dem Zeitpunkt der Verkündung des Verfassungsgerichtsurteils, bereits in den VGR gebucht; das Steueraufkommen wurde im ersten Vierteljahr 2009 um 2,3 Mrd. €, und im zweiten um 1,9 Mrd. € höher als in der Finanzstatistik ausgewiesen.

Staatsausgaben steigen
2005 um fast 5%

Rückläufige Staatseinnahmen

5. Wirtschaftskrise durchkreuzt Finanzplanung

Tabelle 6
Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben
durch diskretionäre Maßnahmen¹
 Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-)
 in Mrd. Euro gegenüber 2008

	2009	2010
Konjunkturpaket I	-4,1	-7,5
Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung	-2,6	-5,7
Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeit, Ausbau der Qualifizierung	-0,3	-0,5
Aufstockung der Verkehrsinvestitionen	-1,0	-1,0
Erhöhung der Mittel zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie Aufstockung der KfW-Programme	-0,2	-0,3
Konjunkturpaket II	-20,4	-25,5
Entlastungen bei der Einkommensteuer, Kinderbonus	-4,9	-5,6
Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer	-0,1	-0,2
Senkung der Beitragssätze zur GKV zum 1. Juli 2009 um 0,6%-Punkte ²	-3,0	-6,0
Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand	-4,1	-9,4
Förderung der Mobilitätsforschung und Innovationsförderung des Bundes	-0,7	-0,7
„Abwrackprämie“	-4,8	-0,2
Aufstockung des Hartz-IV-Regelsatzes für Kinder	-0,2	-0,3
Bezuschussung beim Kurzarbeitergeld, Ausweitung der Qualifizierung sowie Schaffung von Stellen bei der Arbeitsagentur	-2,6	-3,0
Wiedereinführung der Pendlerpauschale	-5,4	-3,1
Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen		-8,1
Sonstige Steuerrechtsänderungen ³	-0,1	5,5
Sonstige Änderungen der Beitragssätze zur Sozialversicherung ^{2,4}	3,0	2,9
Erhöhung der Autobahnmaut für Lastkraftwagen	0,9	0,9
Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ⁵	-0,9	-0,1
Aussetzung des Riester-Faktors; Aufstockung von BAföG, Wohngeld und Kindergeld	-4,3	-5,0
Abbau der Eigenheimzulage	1,2	2,3
Änderungen im Bereich der Kranken- und der Pflegeversicherung ⁶	-4,5	-4,7
Insgesamt	-37,3	-45,1
Nachrichtlich:		
Fiskalische Impulse in Relation zum nominalen BIP in %	1,4	1,7

¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute. – ²Nach Abzug der Mehrausgaben des Staates für Beiträge von Empfängern sozialer Leistungen. – ³u.a. Unternehmenssteuerreformgesetz 2008, Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes, Eigenheimrentengesetz, Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer, Jahressteuergesetz 2009, Erbschaftsteuerreformgesetz. – ⁴Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung, Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, Anhebung des durchschnittlichen Krankenkassenbeitragssatzes. – ⁵Gesetze zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen und von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen, Einführung von Eingliederungsscheinen für über fünfzigjährige Arbeitslose. – ⁶u.a. GKV-Wettbewerbsverstärkungsgesetz, Einführung einer Euro-Gebührenordnung für Ärzte, Änderung der Ärztevergütung sowie Erhöhung von Zahlungen an Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 7
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹
 1991 bis 2010; in % des nominalen BIP

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Zins-steuer-quote ²
	Insgesamt	darunter Steuern	darunter Sozial-beiträge	Insgesamt	darunter Zins-ausgaben	darunter Brutto-investitionen		
1991	43,4	22,0	16,8	46,3	2,7	2,6	-2,9	12,2
1992	44,8	22,4	17,2	47,2	3,1	2,8	-2,5	14,1
1993	45,2	22,4	17,7	48,2	3,2	2,7	-3,0	14,3
1994	45,6	22,3	18,2	47,9	3,2	2,5	-2,3	14,2
1995 ^a	44,9	21,9	18,3	48,1	3,5	2,2	-3,2	15,9
1996	46,0	22,4	19,0	49,3	3,5	2,1	-3,3	15,5
1997	45,7	22,2	19,2	48,4	3,4	1,8	-2,6	15,3
1998	45,9	22,7	18,9	48,0	3,4	1,8	-2,2	14,8
1999	46,6	23,8	18,7	48,1	3,1	1,9	-1,5	13,2
2000 ^b	46,4	24,2	18,3	47,6	3,2	1,8	-1,2	13,0
2001	44,7	22,6	18,2	47,6	3,1	1,7	-2,8	13,5
2002	44,4	22,3	18,2	48,1	2,9	1,7	-3,7	13,1
2003	44,5	22,3	18,3	48,5	3,0	1,6	-4,0	13,3
2004	43,3	21,8	17,9	47,1	2,8	1,4	-3,8	13,0
2005	43,5	22,0	17,7	46,8	2,8	1,4	-3,3	12,7
2006	43,7	22,8	17,2	45,3	2,8	1,4	-1,5	12,3
2007	43,8	23,7	16,5	43,7	2,8	1,5	-0,2	11,7
2008	43,7	23,7	16,4	43,7	2,7	1,7	0,0	11,3
2009 ^p	44,5	23,5	17,3	47,5	2,8	1,7	-3,0	11,9
2010 ^p	42,7	23,3	16,8	47,6	2,9	1,9	-5,0	12,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹ In der Abgrenzung der VGR. - ² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. - ^a Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Mrd. €). - ^b Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. €). - ^p Eigene Prognose.

Die Sozialbeiträge, die im ersten Halbjahr 2009 noch um 3,4% gestiegen sind, dürften in der zweiten Jahreshälfte nur noch schwach zunehmen. Zwar kommt es dann infolge der leicht rückläufigen Bruttolohn- und -gehaltsumme zu Minder-

5. Wirtschaftskrise durchkreuzt Finanzplanung

einnahmen, doch tragen die Beitragszahlungen für Arbeitslose und Empfänger von Kurzarbeitergeld zur Stabilisierung des Aufkommens bei. Im kommenden Jahr dürften die Sozialbeiträge stagnieren.

Nachdem in den beiden Vorjahren leichte Überschüsse erzielt wurden, wird sich die Finanzlage in diesem Jahr deutlich verschlechtern. Das Budgetdefizit dürfte – in der Abgrenzung der VGR – auf 72 Mrd. € (3% des BIP) steigen.¹⁰ Im kommenden Jahr ist sogar – legt man die bisherigen Beschlüsse zugrunde – mit einem weiteren Anstieg des Fehlbetrags auf 123 Mrd. € (5% des BIP) zu rechnen (Tabelle 7). Die Defizitgrenze, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt für „normale“ Zeiten zugesteht, würde damit erheblich überschritten.

Die Finanzlage der Sozialversicherungen wird sich ebenfalls deutlich verschlechtern. Bei der Bundesagentur für Arbeit reichen die Rücklagen lediglich aus, um die überplanmäßigen Ausgaben von knapp 16 Mrd. € in diesem Jahr zu decken. Im kommenden Jahr muss voraussichtlich ein Liquiditätsdarlehen des Bundes von gut 16 Mrd. € in Anspruch genommen werden. Beim Gesundheitsfonds sind in diesem wie im kommenden Jahr die Einnahmen aufgrund der Rezession zu gering, um die durch aufgestockte Honorare für Leistungen der Ärzte und Krankenhäuser zudem erhöhten Ausgaben der Krankenkassen decken. Auch hier dürften Liquiditätsdarlehen des Bundes erforderlich werden, die auf jeweils knapp 4 Mrd. € in diesem und im kommenden Jahr geschätzt werden. Die Rentenversicherung muss voraussichtlich ebenfalls hohe Fehlbeträge verkraften, kann diese aber wohl durch Entnahmen aus der Rücklage decken.

In unseren Prognosen vom März und vom Juni dieses Jahres hatten wir noch deutlich höhere Fehlbeträge erwartet. Die jetzt niedrigere Schätzung reflektiert nicht eine grundsätzlich bessere Einschätzung der Lage der öffentlichen Haushalte, sondern resultiert wesentlich daraus, dass eine Reihe von Transaktionen – zum Teil nach Vorgaben von EUROSTAT – in den VGR anders gebucht werden als von uns damals unterstellt. Die zur Stützung von Finanzinstituten ergriffenen Maßnahmen werden in der VGR nur zum geringen Teil defizitwirksam. So enthält das Budgetdefizit des Staates nicht die Rekapitalisierungsmaßnahmen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung und die Kapitalerhöhungen für die Landesbanken; diese werden lediglich beim Schuldenstand berücksichtigt¹¹.

Rezession reißt Löcher in die Kassen der Sozialversicherung

¹⁰ Die Veränderung des Budgetsaldos von 2008 auf 2009 wird durch die Buchung der Steuerrückerstattung aufgrund der Wiedereinführung der alten Entfernungspauschale um 0,4%-Punkte verringert.

¹¹ Zu einer Bewertung und zur statistischen Behandlung dieser Eingriffe vgl. Deutsche Bundesbank (2009): 79–84.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

6. Zur Wirtschaftspolitik

Nach dem scharfen Einbruch der Konjunktur um die Jahreswende 2008/09 weist nun vieles darauf hin, dass sich die deutsche Wirtschaft wieder stabilisiert. Zu einem guten Teil ist dies einer Belebung der Weltwirtschaft zu verdanken. Wesentlichen Anteil hat aber auch die Wirtschaftspolitik: Die Finanzpolitik ergriff frühzeitig Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors, sie verabschiedete zwei Konjunkturprogramme, und sie stellte in beträchtlichem Umfang Mittel bereit, um die Kreditversorgung der Wirtschaft zu sichern. Die Geldpolitik senkte die Zinsen kräftig und griff darüber hinaus zu „unkonventionellen Maßnahmen“, um die Liquiditätsversorgung sicher zu stellen. Der Arbeitsmarktpolitik schließlich gelang es bisher, insbesondere durch die massive Förderung der Kurzarbeit die Folgen der Rezession für den Arbeitsmarkt in Grenzen zu halten.

Allerdings steht die Wirtschaftspolitik aufgrund ihres massiven Eingreifens nun vor großen Herausforderungen. So wurde durch die staatlichen Ausgaben- und Unterstützungsprogramme bei gleichzeitig konjunkturbedingt sinkenden Steuereinnahmen und Mehrausgaben die öffentliche Verschuldung kräftig ausgeweitet. Wir erwarten für dieses Jahr eine Defizitquote von 3,0%, für das kommende Jahr eine von 5,0%. Kurzfristig werden diese Fehlbeträge durch den Maastrichter Vertrag toleriert, da sie im Zusammenhang mit einer tiefen Rezession entstanden sind. Auf mittlere Sicht besteht aber ein erheblicher Konsolidierungsbedarf, zumal der Schuldenstand auf mehr als 75% in Relation zum BIP steigen wird¹².

Die EZB scheint vor einem großen Problem zu stehen: Sie hat die Liquiditätsversorgung im Euro-Raum derart kräftig ausgeweitet, dass bei anziehender Konjunktur die Inflationsgefahr groß ist. Daher muss sie einerseits rechtzeitig die monetären Zügel straffen, um eine Verfehlung ihres Inflationsziels zu verhindern. Sie darf aber andererseits die Zinsen nicht zu früh erhöhen, um nicht einen beginnenden Aufschwung abzuwürgen.

Der Arbeitsmarktpolitik ist es zwar insbesondere durch die Ausweitung der Kurzarbeit gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu begrenzen, allerdings mit Folgen für die Sozialsysteme. So geht eine höhere Kurzarbeit zu Lasten der Pro-Kopf-Löhne, die die Grundlage der Ermittlung der Rentensteigerungen bilden. Bei starker Ausweitung der Kurzarbeit können die Pro-Kopf-Löhne sogar sinken, wie im zweiten Quartal 2009 geschehen. Gilt dies auch für den Jahresdurchschnitt 2009, so würde es bei einer unveränderten Rentenformel im kommenden Jahr zu einer Kürzung der Renten kommen. Dies hat die Bundesregierung inzwischen ausgeschlossen, womit sie aber die Rentenversicherung belastet, so dass Beitragssteigerungen drohen. Diese sind auch in der Arbeitslosenversicherung

¹² Zu den Perspektiven der Steuereinnahmen auf mittlere Sicht vgl. Gebhardt (2009).

Große Herausforderung
für die Wirtschaftspolitik
„nach der Krise“

6. Zur Wirtschaftspolitik

zu befürchten. Deren Ausgaben sind wegen der Kurzarbeit und im Zusammenhang mit der höheren Arbeitslosigkeit kräftig gestiegen, so dass ihre Reserven im Verlauf dieses Jahres aufgebraucht sein dürften. Für 2010 ist ein Fehlbetrag von 16 Mrd. € zu erwarten, der vorläufig durch ein Darlehen des Bundes gedeckt werden soll, womit das Problem aber nicht gelöst wird.

Die Wirtschaftspolitik muss bald die Weichen stellen, wie sie diese Probleme zu lösen gedenkt. Allerdings muss sie ihre Entscheidungen unter Unsicherheit treffen. Zum einen besteht Unsicherheit über die Wirkungen der bisherigen Politik: Ist die sich abzeichnende Erholung bereits nachhaltig, oder nur das Ergebnis kurzfristiger Stimulierungsprogrammen wie der Abwrackprämie sowohl hierzulande als auch in anderen Ländern, so dass bald ein Rückschlag folgen könnte? Zum anderen besteht aufgrund der derzeit äußerst volatilen Indikatoren auch Unsicherheit über die jeweilige Wirtschaftslage, so dass konjunkturelle Wendepunkte zu spät erkannt oder zu früh ausgerufen werden. Hinzu kommt, dass es insbesondere am aktuellen Rand schwierig ist zu unterscheiden, welcher Teil der derzeitigen Fehlbeträge der öffentlichen Haushalte struktureller und welcher konjunktureller Natur ist. Reagieren müsste die Wirtschaftspolitik in erster Linie auf die Veränderungen der strukturellen, also der langfristigen Komponente.

Hohe Unsicherheit rät zu vorsichtigem Vorgehen

Vor diesem Hintergrund sollten die wirtschaftspolitischen Akteure im kommenden Jahr Vorsicht walten lassen und in erster Linie darum bemüht sein, Vertrauen in die eigenen Handlungen zu schaffen. Scharfe Bremsmanöver könnten den gerade erst begonnenen Aufschwung gefährden. Entsteht allerdings der Eindruck, dass die Politik die Dinge schleifen lässt, könnten sich rasch negative Erwartungen herausbilden.

Die EZB befindet sich dabei in einer vergleichsweise komfortablen Lage. Sie hat eine stabilitätspolitische Reputation erworben, die bisher das Aufkommen von Inflationserwartungen im Euro-Raum verhindert hat. Daher besteht für sie derzeit keine Veranlassung, sehr frühzeitig Flagge zu zeigen, um ihren Handlungswillen zu demonstrieren. Sie kann vielmehr abwarten, bis die monetären und realwirtschaftlichen Indikatoren zu Aktionen raten. Dies wäre z.B. dann der Fall, wenn der Interbankenmarkt wieder so weit funktioniert, dass die Banken ihre Liquiditätshaltung bei der EZB drastisch reduzieren, oder wenn die Inflationserwartungen über das Inflationsziel der EZB steigen.

Finanzpolitik muss Reputation aufbauen

Die Finanzpolitik ist in einer schwierigeren Lage, weil ihr eine vergleichbare Reputation fehlt. Allzu häufig hat sie in der Vergangenheit ihre selbst gesetzten Ziele verfehlt, oder sie hat – wie zuletzt 2007 – zum Mittel der Steuererhöhung gegriffen, um den Haushalt zu konsolidieren, anstatt bei den Ausgaben zu sparen. Mit der Einführung der Schuldenbremse wurden allerdings die Voraussetzungen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

für eine verlässliche Finanzpolitik verbessert. Danach muss die strukturelle Neuverschuldung des Bundes bis 2016 auf 0,35% des BIP gesenkt werden. Allerdings fehlen gegenwärtig Hinweise, wie dies erreicht werden soll. Im Gegenteil, von den Parteien werden sogar Steuersenkungen diskutiert, ohne Finanzierungsvorschläge zu unterbreiten. Es wäre die vordringliche Aufgabe der neuen Bundesregierung, einen realistischen Konsolidierungsplan aufzustellen. Dabei sollte sie den Anstieg der Ausgaben strikt auf eine Rate begrenzen, die deutlich unter dem Zuwachs des nominalen BIP bleibt. Einsparungen sollten bei den konsumtiven Ausgaben vorgenommen werden und die Budgets zugunsten wachstumsfördernder investiver Ausgaben umgeschichtet werden. Denn Konsolidierung braucht Wirtschaftswachstum: Man kann die Defizitquote auch – und relativ schmerzfrei – verringern, indem man ihren Nenner – das BIP – vergrößert.

Allerdings wird bereits das Gegenteil diskutiert, nämlich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 25% (Zimmermann 2009; Fuest 2009). Dabei wird zum einen darauf verwiesen, dass Deutschland mit diesem Mehrwertsteuersatz vom unteren Ende lediglich ins Mittelfeld der europäischen Länder rücke. Übersehen wird, dass Länder mit höherer Mehrwertsteuer oft komplett andere Finanzierungsstrukturen der öffentlichen Haushalte aufweisen, oder eine andere Aufgabenteilung zwischen privater und staatlicher Vorsorge haben. Würde man die Mehrwertsteuer auf den europäischen Durchschnitt bringen, hieße das auch, die Steuer- und Abgabenbelastung näher ans europäische Spitzenfeld zu treiben. Als anderes Argument für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer werden ihre geringen verzerrenden Wirkungen genannt. Dies ist insofern zu relativieren, als es nicht allen Unternehmen gelingen dürfte, die höheren Steuern in den Preisen weiterzugeben, so dass auch relative Preise verändert werden (Gebhardt et al. 2009).

Gleich, ob Steuern überwälzt werden, oder ob nicht und entsprechend die Gewinne gedrückt werden: Die Kaufkraft der Konsumenten sinkt. Nach Berechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell würde eine Steigerung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer von 19 auf 25% die Verbraucherpreise um 2,4% erhöhen und das Aktivitätsniveau der deutschen Wirtschaft um rund 1,5% reduzieren. Für die Erholung aus der Rezession, die einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, wäre dies ein herber Rückschlag.

6.1 EZB befindet sich in komfortabler Ausgangssituation

Die EZB hat im April und im Mai den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um jeweils 25 Basispunkte weiter gesenkt. Er beträgt nun 1%, der niedrigste Wert seit Beginn der Währungsunion. Die Sätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität sowie die Einlagenfazilität wurden entsprechend auf 1,75% bzw. 0,25% herab gesetzt. Um dem Markt zusätzliche Liquidität zur Verfügung zu stellen, wurden die

Steuererhöhung würde
Konjunktur schaden

6. Zur Wirtschaftspolitik

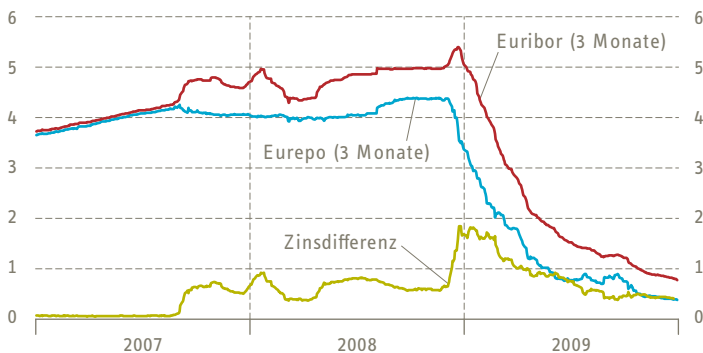
2008 beschlossenen „unkonventionellen“ Maßnahmen fortgeführt. Diese beinhalten die Umstellung des Zuteilungsverfahrens für Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf einen Mengentender mit vollständiger Zuteilung, ein erweitertes Spektrum von akzeptierten Sicherheiten im Offmarktgeschäft sowie die Bereitstellung von längerfristigen Refinanzierungsmöglichkeiten.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen beschloss der EZB-Rat bei seiner Sitzung im Mai ein Programm zum Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen, in dessen Rahmen die EZB und die nationalen Zentralbanken Titel im Wert von 60 Mrd. € bis Ende Juni 2010 ankaufen. Ziel all dieser Maßnahmen ist es zum einen, die Spannungen im Geldmarkt weiter zu verringern. Zum anderen sollen die Finanzierungsbedingungen für Finanzinstitutionen und Unternehmen verbessert werden, was auch zu einer Ausweitung der Kreditvergabe führen soll. Außerdem hofft die EZB, so den eingeschränkten Handel von gedeckten Schuldverschreibungen wiederbeleben zu können.

Schaubild 10

Zinsen gesicherter und ungesicherter Geldmarktpapiere

2007 bis 2009; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben der EZB.

Der Mix aus konventionellen und unkonventionellen Maßnahmen im Zusammenspiel mit den Rettungspaketen der Regierungen für die Banken hat zu einer allmählichen Beruhigung der Finanzmärkte geführt. Allerdings ist schwer zu beurteilen, in welchem Umfang die Banken die günstigen Refinanzierungsbedingungen an ihre Kunden weitergegeben haben. Zwar sind die Kreditvergabestandards der Banken nach dem Bank Lending Survey vom Juli 2009 etwas gelockert worden. Sie sind aber immer noch relativ streng. Dem entsprechend ist zu erwarten, dass

Beruhigung der Lage
an den Finanzmärkten

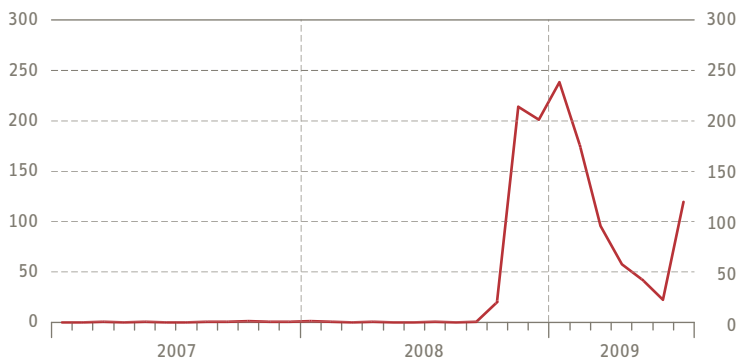
Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Zinssenkungen derzeit weniger stimulierend wirken als in „Normallagen“. Es besteht daher nach wie vor das Risiko, dass eine restriktive Kreditvergabepraxis der Banken eine einsetzende Erholung der Realwirtschaft dämpfen könnte.

Auch von einer Normalisierung der Lage an den Finanzmärkten kann noch nicht gesprochen werden. Der Risikoaufschlag für besichertes Geld, ein Indikator für das Ausmaß des Misstrauens der Banken untereinander, ist zwar gesunken, liegt aber immer noch deutlich über Vorkrisenniveau (Schaubild 10). Zudem dürfte der Abschreibungsbedarf der Banken unverändert hoch sein, ja möglicherweise noch steigen, wenn sich die Kreditausfälle wegen der Rezession erhöhen. Dies könnte das Misstrauen an den Finanzmärkten erneut erhöhen.

Risikoaufschlag am
Interbankenmarkt immer
noch erhöht

Schaubild 11
Nutzung der Einlagefazilität
in Mrd. Euro



Nach Angaben der EZB.

Neben diesen kurzfristigen Herausforderungen sieht sich die Geldpolitik derzeit der Aufgabe gegenüber, die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen niedrig zu halten. Aufgrund der expansiven Geldpolitik der vergangenen Monate wurde ein Inflationspotenzial geschaffen und möglicherweise sogar der Grundstein für eine neue Immobilien- oder Aktienblase gelegt. Um einschätzen zu können, ob davon eine akute Gefährdung der Preisniveaustabilität ausgeht, hilft ein Blick auf die Verwendung der ausgeteilten Liquidität (Schaubild 11). Seit September 2008 sind die Einlagen der Banken bei der EZB dramatisch angestiegen. Seit dem Einbruch des Interbankenmarktes und der dadurch gestiegenen Unsicherheit über die Refinanzierungsmöglichkeiten halten die Banken also in erheblichem Umfang Liquidität bei der EZB. Seit Februar 2009 war die Depositenhaltung zwar wieder gesunken. Ab Juni, seit die EZB Refinanzierungsgeschäfte mit einjähriger Laufzeit

Zugeteilte Liquidität bisher
nicht inflationswirksam

6. Zur Wirtschaftspolitik

durchführt, nimmt sie aber wieder deutlich zu. Dies spricht dafür, dass sich die Banken vorsorglich mit Liquidität eindecken, weil die langfristigen Refinanzierungsmöglichkeiten am Markt weiterhin gestört sind. Einerseits zeigt dies, dass von einer Normalisierung des Interbankengeschäfts noch nicht die Rede sein kann. Andererseits wird aber deutlich, dass die injizierte Liquidität bisher nicht inflationswirksam wurde.

Um sicherzustellen, dass dies so bleibt, hat eine Zentralbank prinzipiell zwei Möglichkeiten. Sie kann entweder dafür sorgen, dass die Liquidität weiterhin bei der Notenbank gehalten wird, oder sie muss die Liquidität wieder einsammeln. Aufgrund der von ihr gewählten Instrumente hat die EZB einen wesentlichen Vorteil gegenüber anderen Notenbanken, z.B. der Fed oder der Bank of England. Der Großteil der Liquidität wurde über modifizierte Repogeschäfte zur Verfügung gestellt, die nach spätestens einem Jahr auslaufen. Der Ankauf von Schuldverschreibungen, der schwerer rückgängig zu machen wäre, macht nur einen relativ geringen Teil, genauer 60 Mrd. €, der Gesamtstrategie der EZB aus. Das Einsammeln der Liquidität dürfte daher für die EZB technisch keine Probleme aufwerfen. Sie muss lediglich kurzfristig auf Verschiebungen in der Liquiditätshaltung der Banken reagieren. Dem entsprechend sollte die EZB jederzeit in der Lage sein, durch rechtzeitiges Umschwenken in ihrem geldpolitischen Kurs Inflationsgefahren zu begegnen.

Einsammeln der Liquidität dürfte für die EZB technisch unproblematisch sein

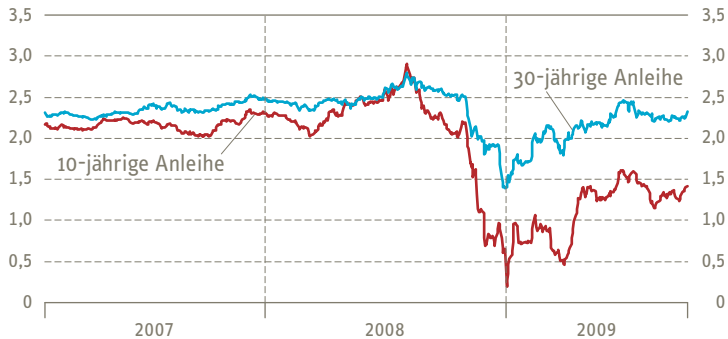
Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den Inflationserwartungen im Euro-Raum wider. Trotz der momentan expansiven Geldpolitik bleiben diese bei Raten verankert, die sich im Einklang mit dem Ziel der Preisniveaustabilität der EZB befinden. So liegt der Median des Survey of Professional Forecasters bei einer langfristigen Inflationsrate von 1,5% bis 1,9% (ECB 2009), die aus zehnjährigen inflationsindexierten Anleihen gewonnene break-even Inflationsrate betrug Ende August sogar nur 1,4% (Schaubild 12).

Damit ist die Ausgangssituation für die EZB recht komfortabel. Wir erwarten, dass es zu einer Zinswende erst Mitte 2010 kommen wird, sofern sich die konjunkturelle Lage bis dahin – wie hier prognostiziert – stabilisiert. Das in den vergangenen Jahren erworbene Vertrauen in ihre Fähigkeiten¹³, die Preisniveaustabilität zu sichern, gibt der EZB den Spielraum, die Zinsen erst bei einem angemessenen wirtschaftlichen Umfeld zu erhöhen. Eine zu frühe Zinserhöhung, um die eigenen Intentionen zu unterstreichen, erscheint nicht notwendig. Anschließend ist mit einer Fortsetzung des gewohnten Zinszyklus zu rechnen, eine weitere Zinserhöhung im Verlauf des nächsten Jahres ist also sehr wahrscheinlich.

¹³ Eine aktuelle Studie zeigt allerdings, dass das Vertrauen in die EZB seit September 2009 stark abgenommen hat (Gros, Roth 2009).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 12
Inflationserwartungen für den Euro-Raum¹
2007 bis 2009; in %



¹Differenz zwischen der Verzinsung nicht-inflationsindizierter und an die Inflation im Euro-Raum gekoppelter französischer Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 10 bzw. 30 Jahren. – Eigene Berechnungen nach Angaben von Bloomberg.

Eine Lehre aus der Finanzkrise scheint zu sein, dass die Geldpolitik mit zunehmender Festigung der konjunkturellen Erholung die Zinsen rasch anheben sollte, auch um das Entstehen neuer Vermögenspreisblasen zu verhindern. Dabei stellt sich die Frage, ob das Instrumentarium der Geldpolitik dazu ausreicht. Damit Zentralbanken die Werte von Vermögenstiteln beeinflussen können, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein (Assenmacher-Wesche, Gerlach 2008): Blasen am Aktien- oder Immobilienmarkt müssen rechtzeitig erkannt werden, es muss ein stabiler, vorhersehbarer Zusammenhang zwischen Politikinstrumenten und Immobilien- bzw. Aktienpreisen bestehen und schließlich müssen Zinsänderungen alle asset-Preise im gleichen Tempo beeinflussen.

Das rechtzeitige Erkennen von Blasen stellt Zentralbanken vor erhebliche Probleme. Sie müssen zwischen einem durch Fundamentaldaten begründeten Anstieg der Preise und irrationalen Übertreibungen unterscheiden können. Auch wenn die EZB bereits an solchen Indikatoren arbeitet (Detken, Smets 2004; Gerdemesier et al. 2009), ist eine verlässliche Vorhersage bisher nicht möglich.

Einen stabilen Zusammenhang zwischen einer Veränderung des Kurzfristzinses und asset-Preisen konnten Assenmacher-Wesche/Gerlach (2008) sowohl bei Immobilienpreisen als auch bei Aktienkursen feststellen. Allerdings unterscheidet sich in den beiden Fällen das Tempo, mit dem sich Zinsänderungen auswirken. Dies bedeutet, dass eine gleichzeitige Stabilisierung der Preise beider Vermögenswerte nicht möglich ist. Außerdem zeigen sie, dass erhebliche Einbußen des

Zur Bekämpfung von Vermögensblasen reicht Geldpolitik nicht aus

6. Zur Wirtschaftspolitik

realen BIP in Kauf genommen werden müssen, richtet die Notenbank ihre Politik an den Vermögenswerten aus¹⁴. Daraus folgern sie, dass das Instrumentarium der Geldpolitik zur Bekämpfung von asset-Preisblasen nicht ausreicht.

Um Vermögenspreisblasen zu verhindern, müssen also weitere Vorkehrungen getroffen werden. Ein Ansatzpunkt wäre eine Korrektur der prozyklischen Effekte der Basel II-Regeln (Goodhart 2008). Durch höhere Kapitalanforderungen in Zeiten des Booms könnten Reserven für Zeiten der Rezession und den damit einhergehenden Preisverfall gebildet werden. Auch eine Erhöhung der Transparenz scheint ein probates Mittel zu sein, um irrationalen Übertreibungen vorzubeugen. Ganz verhindern lassen sich Krisen, ausgelöst durch platzende asset-Preis-Blasen, auch in der Zukunft nicht. Sind sie doch Teil eines Marktprozesses, der von Erfolg, aber auch gelegentlichem Misserfolg getrieben ist. Deshalb muss das primäre Ziel der Zentralbanken auch weiterhin darin bestehen, die Inflationserwartungen im Rahmen ihrer Definition von Preisniveaustabilität zu verankern.

6.2 Wachstumsgerechte Rückführung der Schuldenquote erfordert strikte Ausgabendisziplin

Die Lage der öffentlichen Haushalte hatte sich ab 2006 aufgrund der guten Konjunktur sowie von Einsparbemühungen und Steuererhöhungen merklich entspannt; in den Jahren 2007 und 2008 konnten leichte Überschüsse erzielt werden. Diese Konsolidierung wurde nun durch die Finanz- und Wirtschaftskrise durchkreuzt. Die tiefe Rezession hat beträchtliche Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen sowie deutlich höhere Ausgaben zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Diese werden durch Kredite finanziert, damit die automatischen Stabilisatoren wirken und die Rezession nicht durch Ausgabenkürzungen oder Abgabenerhöhungen verstärkt wird.

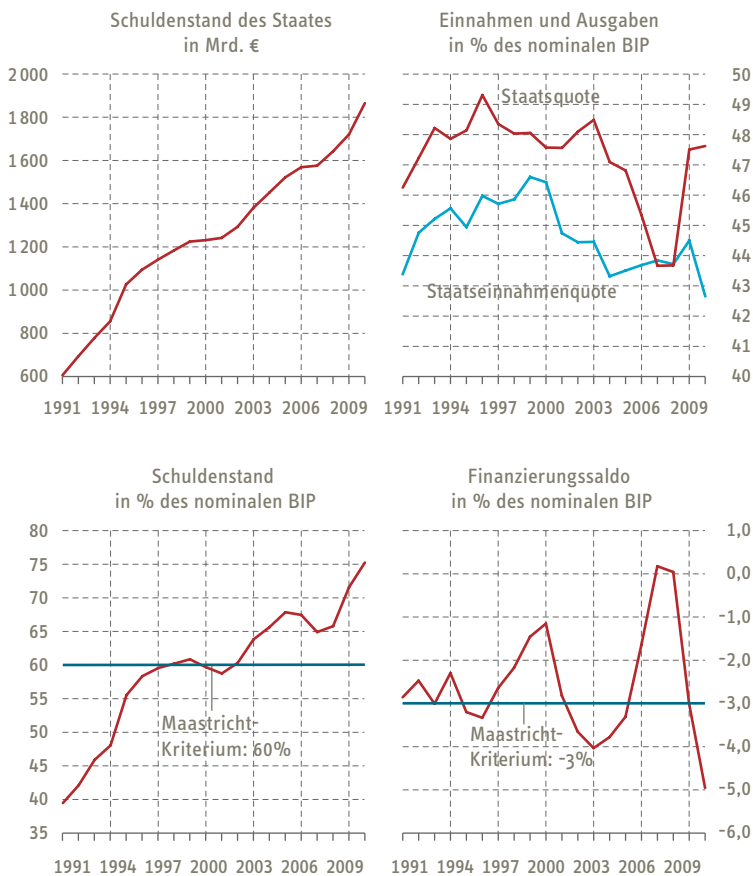
Vergrößert werden die Haushaltsfehlbeträge aber auch durch umfangreiche Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur. So wurde im November 2008 ein erstes, allerdings gering dimensioniertes und im Februar 2009 ein zweites, größeres Konjunkturpaket verabschiedet. Zusammengenommen bringen sie fiskalische Impulse von rund 25 Mrd. € in diesem und 33 Mrd. € im nächsten Jahr, ein großer Teil davon in Form höherer öffentlicher Investitionen, aber auch mittels Steuersenkungen. Konjunkturell anregend wirken auch die Steuerausfälle, die aus zwei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts resultieren: Bei der Entfernungspauschale musste die alte Regelung wieder in Kraft gesetzt werden, und ab 2010 werden die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung bei der Einkom-

¹⁴ Sie berechnen, dass eine Zinserhöhung um 250 Basispunkte einen Anstieg der Immobilienpreise um etwa 3,75%-Punkte verhindern kann, gleichzeitig allerdings auch etwa 1,25% des realen BIP kostet.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

mensteuer vermehrt als Sonderausgaben anerkannt. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen dürften 5,4 Mrd. € bzw. 11,2 Mrd. € betragen. Ferner wurden Kredit- und Bürgschaftsprogramme für die gewerbliche Wirtschaft aufgelegt und Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten ergriffen, die allerdings allenfalls in geringem Umfang budgetwirksam werden dürften.

Schaubild 13
Öffentliche Finanzen in Deutschland
 1991 bis 2010



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank; 2009 und 2010: Prognose des RWI.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Der Staat engagiert sich damit in großem Stil, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Dies war notwendig und trotz der kräftig zunehmenden Verschuldung vertretbar, zumal die Steigerung der öffentlichen Investitionen und die Entlastungen bei Steuern und Sozialbeiträgen über Produktivitätseffekte und Leistungsanreize zugleich die Wachstumskräfte stärken dürften.

Alles in allem dürfte in diesem Jahr eine Defizitquote von 3% und im nächsten Jahr von 5% erreicht werden, und der Schuldenstand wird 2010 mehr als 75% in Relation zum BIP betragen (Schaubild 13). Die Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) werden also klar überschritten. Dies macht deutlich, dass es zur Haushaltskonsolidierung in der nächsten Legislaturperiode und darüber hinaus keine Alternative gibt.

Schuldenstand steigt
auf über 75% des BIP

Um die hohen Fehlbeträge abzubauen, wie dies die neue grundgesetzliche Verschuldungsregel erfordert (Kasten 3), gibt es grundsätzlich drei Wege: Die Steuern und Abgaben können erhöht, die Staatsausgaben gesenkt, und/oder die Wachstumskräfte gestärkt werden. Die dritte Möglichkeit wäre der Königsweg. Er setzt voraus, dass die Einnahmen und Ausgaben so gestaltet werden, dass sie wachstumspolitischen Erfordernissen Rechnung tragen.

Ein höheres Wirtschaftswachstum und ein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit schaffen eine notwendige Bedingung, um die öffentlichen Haushalte auf eine langfristig tragfähige Finanzierungsbasis zu stellen. Erfahrungsgemäß mindert eine Steigerung des Wachstums um 1%-Punkt die Defizitquote um 0,5%-Punkte (Larch, Turrini 2009; Girouard, André 2005). Ein höheres Wachstum wirkt allerdings erst auf mittlere Sicht. Daher sind nach Überwindung der Rezession Anstrengungen erforderlich, um auch kurzfristig die strukturelle Unterdeckung der öffentlichen Haushalte zu beseitigen. Allein durch die in den Konjunkturprogrammen beschlossenen dauerhaften Abgabeentlastungen und Ausgabesteigerungen wird das strukturelle Defizit dauerhaft um knapp 2% des BIP gesteigert worden sein. Zudem dürfte die Wirtschafts- und Finanzkrise das Wachstumspotenzial verringert haben – die OECD (2009: 224) schätzt um 1,4% – und dies schmälert die Finanzierungsbasis des Staates.

Schaubild 14 zeigt, wie sich die Schuldenstandsquote bis zum Jahr 2020 bei alternativen Annahmen bezüglich des Wachstums des nominalen BIP und des Finanzierungssaldos entwickeln könnte (Gebhardt, Kambeck 2009). Wenn zukünftige Regierungen es schaffen, über den Konjunkturzyklus hinweg einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt zu realisieren (angenommen wird hier eine Defizitquote von durchschnittlich 0,5% je Jahr) und wenn das nominale BIP im kommenden Jahrzehnt mit der in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2013 erwarteten Rate von durchschnittlich 3,3% wächst, dann würde

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

die Schuldenstandsquote bis 2020 auf 59% sinken. Selbst bei dieser günstigen gesamt- und finanzwirtschaftlichen Konstellation würde es also mindestens ein Jahrzehnt dauern, bis die im SWP festgelegte Grenze erreicht würde. Bei langsamerer Haushaltskonsolidierung oder schwächerem Wachstum würde es entsprechend länger dauern.

Kasten 3

Zur Reform der im Grundgesetz verankerten Verschuldungsregeln

Weder die bislang in der deutschen Finanzverfassung festgelegten nationalen noch die im Maastrichter Vertrag und im Stabilitäts- und Wachstumspakt fixierten europäischen Haushaltsregeln konnten den Anstieg der öffentlichen Verschuldung wirkungsvoll bremsen. Um künftig eine effektivere Schuldenbegrenzung zu garantieren und längerfristig tragfähige Staatsfinanzen zu gewährleisten, haben sich der Bund und die Länder im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform am 12. Februar 2009 auf eine Reform der im Grundgesetz verankerten Verschuldungsregeln geeinigt (BMF 2009a; Kastrop, Snelting 2008). Die neue Regel orientiert sich an der Close-to-Balance-Obergrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die über den Konjunkturzyklus hinweg einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt vorschreibt. Wesentliche Elemente der neuen Schuldenregel sind eine strukturelle und konjunkturelle Verschuldungskomponente und das Kontrollkonto. Daneben enthält sie Ausnahmeregelungen.

Die Strukturkomponente besagt, dass der Fehlbetrag im Bundeshaushalt ab dem Jahr 2016 in konjunkturellen Normallagen höchstens 0,35% des nominalen BIP betragen darf. Die Länder haben ab 2020 sogar keinerlei strukturellen Verschuldungsspielraum mehr. Die Haushaltsregeln beziehen sich auf das um finanzielle, also nicht vermögenswirksame Transaktionen¹ bereinigte Budget. Hierdurch soll vermieden werden, dass Vermögensbestände veräußert werden, um die Obergrenze für die Nettokreditaufnahme einzuhalten. Das „Versilbern von Staatsvermögen“ mindert künftig in gleichem Umfang die zulässige Kreditaufnahme. Bis zum Inkrafttreten dieser Regelungen sind allerdings Abweichungen möglich: Der Bund verfügt wegen des durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kräftig steigenden Budgetdefizits ab 2011 über einen erweiterten Verschuldungsspielraum, der bis 2016 in gleichmäßigen Schritten auf 0,35% des BIP zurückgeführt werden muss. Die Bundesländer Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein erhalten angesichts ihrer schwierigen Haushaltslage von 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft in Höhe von insgesamt 800 Mill. € jährlich, damit sie ab 2020 in die Lage sind, die Schuldengrenze aus eigener Kraft einzuhalten.

Die Konjunkturkomponente soll eine symmetrische Berücksichtigung der Konjunkturentwicklung sicherstellen, damit die automatischen Stabilisatoren ihre

6. Zur Wirtschaftspolitik

Wirkung entfalten können. So sind konjunkturbedingte Defizite in Abschwungphasen erlaubt, wenn sie im nachfolgenden Aufschwung durch Überschüsse wieder abgebaut werden. Die konjunkturelle Verschuldungskomponente muss mithin über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen sein. Damit soll verhindert werden, dass eine zusätzliche Kreditaufnahme in Krisenzeiten zu einem systematischen Anstieg der Staatsverschuldung führt.

Um die Einhaltung der Schuldenregel im Haushaltsvollzug sicherzustellen, wird ein mit einer Ausgleichspflicht versehenes Kontrollkonto eingerichtet. Auf diesem werden nicht-konjunkturbedingte Abweichungen von der zulässigen strukturellen Kreditaufnahme erfasst: Wird diese unterschritten, erfolgt eine Gutschrift,

¹ Erwerb und Veräußerungserlöse von Beteiligungen, Vergabe und Rückzahlung von Darlehen

wird sie überschritten eine Belastung. Der Negativsaldo des Kontrollkonto darf höchstens 1,5% des nominalen BIP betragen. Allerdings muss die strukturelle Neuverschuldung bereits verringert werden, wenn er 1% des BIP erreicht, und zwar um den überschießenden Betrag, höchstens aber um 0,35% des BIP. Um prozyklische Wirkungen auf die Konjunktur zu vermeiden, soll der Abbau jedoch nur im Aufschwung, wenn eine positive Veränderung der Produktionslücke erwartet wird, vorgenommen werden.

Ausnahmeklauseln sollen in besonderen Situationen, wie bei Naturkatastrophen oder in schweren Wirtschaftskrisen, eine zusätzliche Kreditaufnahme ermöglichen, damit der Staat bei der Krisenbewältigung handlungsfähig bleibt. Diese Kredite müssen jedoch nach einem verbindlichen Plan getilgt werden. Zudem setzen sie qualifizierte parlamentarische Mehrheiten voraus, um einer zu großzügigen Auslegung der Regel vorzubeugen.

Wenn die Schuldenregel eingehalten wird, werden die budgetären Handlungsspielräume zwar kurzfristig eingeengt. Sie werden aber langfristig merklich größer, da die Schuldenquote sinkt und damit der Anteil des Steueraufkommens geringer wird, der für den Schuldendienst aufgewendet wird. Als Folge der Haushaltskonsolidierung können private Haushalte und Unternehmen dann mit geringeren Steuerlasten rechnen.

Es ist daher zu begrüßen, dass die Finanzplanung des Bundes ab 2011 – sofern die Konjunktur robust genug ist – den Konsolidierungskurs wieder aufnehmen will. So soll das nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums auf 39,3 Mrd. € steigende strukturelle Defizit des Bundes von 2011 bis 2016 in gleichmäßigen Schritten von rund 0,2% des BIP auf die dann zulässige Obergrenze von maximal 0,35% des BIP gesenkt werden. Allerdings stehen die Beschlüsse noch aus, wie

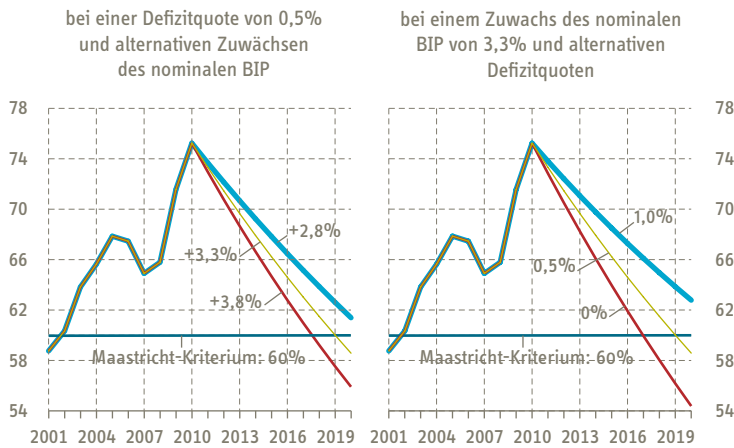
Schuldenbremse setzt
„Leitplanke“ für Konsolidierung

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

dies erreicht werden soll. In der Finanzplanung wird der auf 4,9 Mrd. € (2011), 11,1 Mrd. € (2012) und 18,5 Mrd. € (2013) veranschlagte Konsolidierungsbedarf nur als „Globalposition“ berücksichtigt (BMF 2009b: 16). Zudem müssen die Länder bis zum Jahr 2020, wenn die neue Verschuldungsregel ihre volle Bindungswirkung entfalten soll, ihre strukturelle Verschuldung vollständig abgebaut haben.

Schaubild 14

Schuldenstand in Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum und Defizitquote
2001 bis 2020; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank; 2009 und 2010: Prognose des RWI; 2011 bis 2020: Projektionen des RWI.

Die Verringerung des strukturellen Defizits lässt sich aus wachstumspolitischer Sicht am besten realisieren, indem die Staatsausgaben an die Einnahmen angepasst werden. Dies bedeutet, dass sie mittelfristig merklich langsamer zunehmen als das nominale Produktionspotenzial. Demnach dürften die konjunkturabhängigen Ausgaben real gerechnet kaum zunehmen. Dies ist zwar schwierig umzusetzen, verglichen mit Steuererhöhungen aber die bessere Strategie. Internationale Erfahrungen belegen nämlich, dass die Aussichten für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung am größten sind, wenn nicht auf der Einnahmenseite, sondern auf der Ausgabenseite, insbesondere bei Subventionen und konsumtiven Staatsausgaben angesetzt wird¹⁵.

Dabei sollten vor allem solche Subventionen gekürzt werden, die Preisrelationen verfälschen, den Strukturwandel hemmen und zu gesamtwirtschaftlichen Fehlallokationen führen. Auch sind bei den Aufwendungen für die arbeitsmarktpoli-

¹⁵ Vgl. unter anderen Afonso/Alegre (2008), Alesina/Perotti (1997), Blanchard/Perotti (2002), SVR (2002): TZ 594–613.

Konsolidierung am sinnvollsten auf der Ausgabenseite

6. Zur Wirtschaftspolitik

tischen Maßnahmen Kürzungen angezeigt, die sich als wenig effizient erwiesen haben. Zudem sind bestehende Effizienzreserven in der öffentlichen Verwaltung durch moderne Arbeits- und Organisationsformen zu erschließen. Ohne eine systematische Aufgabenkritik, bei der alle Ausgaben auf dem Prüfstand stehen sollten, und ohne den notwendigen Durchsetzungs- und Gestaltungswillen dürfte es nicht gelingen, den Anstieg der Staatsausgaben eng zu begrenzen.

Dann bliebe als Alternative nur die Erhöhung der Einnahmen – eine mit Blick auf Wachstums- und Konsolidierungserfordernisse problematische Option, da eine steigende Abgabenlast das wirtschaftliche Wachstum drosselt, ohne das eine Konsolidierung nicht erfolgreich sein kann (Gebhardt et al. 2009; Peffekoven 2009). Zur Stärkung der Wachstumskräfte wäre mittelfristig auch an einen Verzicht auf „heimliche“ Steuererhöhungen zu denken. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen könnten durch den Abbau von Steuervergünstigungen und die Beseitigung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten finanziert werden.

Bei der Arbeitslosenversicherung und der Gesetzlichen Krankenversicherung besteht ebenfalls erheblicher Konsolidierungsbedarf, da beide unter Status quo-Bedingungen auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein dürften, die vom Bund erhaltenen Liquiditätsdarlehen zurückzuzahlen. Nach unserer Einschätzung beläuft sich der Finanzbedarf auf 24 Mrd. €. Wenn er bereits 2011 durch erhöhte Beitragseinnahmen finanziert werden soll, müssten die Beitragssätze um 2 1/2%-Punkte angehoben werden. Die Sozialabgabenbelastung würde damit auf 42% steigen, über die von der Bundesregierung anvisierte Grenze von 40%. Die Arbeitskosten würden damit steigen die internationale Wettbewerbsposition sich verschlechtern, von negativen Leistungsanreizen ganz zu schweigen. Zwingend ist dies jedoch nicht, da die Rückzahlungstermine gestreckt und Einsparmöglichkeiten genutzt werden können. Allein im Bereich der GKV könnten so 5 bis 10 Mrd. € gespart werden (Kasten 4). Im Bereich der Arbeitslosenversicherung könnten die verlängerten Bezugszeiten von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose zurückgenommen und das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium gestrafft werden.

Erheblicher Konsolidierungsbedarf auch bei den Sozialversicherungen

Kasten 4

Einsparpotenziale im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung

Deutschland leistet sich im internationalen Vergleich ein hohes Angebot an medizinischer Versorgung. Im Krankenhausbereich weist es eine um mehr als 50% höhere Bettendichte auf als die OECD-Länder im Durchschnitt. Im niedergelassenen Bereich liegt die Ärztedichte sowohl bei Fach- als auch bei Allgemeinärzten um 40% darüber. In der OECD ist in den vergangenen 10 Jahren ein massiver Bettenabbau zu beobachten; Deutschland hinkt trotz hohem Ausgangswert hinterher. Die Ärztedichte ist in der OECD insgesamt gestiegen, und auch dabei liegt Deutschland insbesondere bei den Fachärzten an der Spitze. Ob dieser

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

hohe Ressourceneinsatz auch zu einer besseren medizinischen Versorgung führt, ist fraglich.

Auch im innerdeutschen Vergleich fallen große regionale Unterschiede bei den eingesetzten Ressourcen auf, obwohl die Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) nach dem SGB V bundesweit einheitlich geregelt sind, die Qualität der Leistungen sich also wenig unterscheiden sollte¹. Vor diesem Hintergrund kann man aus nennenswerten regionalen Unterschieden auf Kosteneinsparpotenziale schließen.

Augurzky et al. (2008) untersuchen den stationären und ambulanten Gesundheitssektor sowie den Arzneimittelbereich auf regionaler Ebene. Auf diese drei Bereiche entfielen 2006 zusammen fast drei Viertel der Leistungsausgaben der GKV. Werden regionale Kennzahlen um die Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur bereinigt, erlaubt ein Benchmarking der Regionen Aussagen zu Einsparpotenzialen in der GKV.

Dabei wird zwischen einem konservativen und einem optimistischen Szenario unterschieden. Im erstgenannten ergibt sich das Einsparpotenzial dadurch, dass die teuren Bundesländer ihre Preise und Mengen in den drei Sektoren Krankenhäuser, ambulante Versorgung und Arzneimittel jeweils auf den Bundesdurchschnitt senken. Das optimistische Szenario wählt jeweils jenes Bundesland als Benchmark, das beim unteren Viertel der Verteilung liegt.

Geschätztes Einsparpotenzial in der gesetzlichen Krankenversicherung 2007

	Insgesamt	Krankenhaus	Ambulante Versorgung	Arzneimittel
in Mrd €				
Szenario A	5,55	2,19	1,18	2,18
Szenario B	9,75	4,37	2,18	3,20
Anteil an den Gesamtkosten in %				
Szenario A	5,4	4,1	5,1	8,2
Szenario B	9,5	8,2	9,4	12,0

Nach Angaben in Augurzky et al. (2008)

¹ Wenn dies nicht der Fall wäre, würde sich die Frage stellen, ob bundeseinheitliche Beiträge gerechtfertigt sind.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Die Tabelle zeigt die geschätzten Einsparpotenziale in beiden Szenarien für das Jahr 2007. In der konservativen Variante A summieren sie sich in den betrachteten Bereichen auf 5,6 Mrd. € bzw. 5,4% der Gesamtausgaben pro Jahr. Absolut gesehen trägt die ambulante Versorgung in geringerem Maß zur Gesamtersparnis bei als die beiden anderen Sektoren, relativ zu den Gesamtausgaben übertrifft das Einsparpotenzial im ambulanten Bereich das in der stationären Versorgung sogar leicht. Im optimistischen Szenario B werden Einsparpotenziale von insgesamt 9,8 Mrd. € ermittelt, was einer Kostenreduktion von 9,5% entspricht. Absolut betrachtet tragen die Krankenhäuser mit 4,4 Mrd. € am stärksten zu den Einsparmöglichkeiten bei. Relativ gesehen liegen bei ambulanter Versorgung und bei Arzneimitteln aber nach wie vor die größeren Effizienzreserven.

Die gesundheitspolitisch entscheidende Frage ist, durch welche Maßnahmen und Reformen diese Einsparpotenziale gehoben werden können, so dass der Beitragssatz zum Gesundheitsfonds bzw. eventuelle Zusatzbeiträge der Versicherten gesenkt werden können. Hier ist eine Reihe von Maßnahmen denkbar (Augurzyk et al. 2008: 48–51):

- i Der Zwang zum einheitlichen und gemeinsamen Kontrahieren zwischen Krankenkassen und Kliniken stellt ein Effizienzhindernis dar und sollte zu Gunsten bilateraler Verhandlungen aufgehoben werden.
- i Die dualistische Krankenhausfinanzierung steht einer betriebswirtschaftlich effizienten Investitionsplanung entgegen und sollte durch eine monetarische Finanzierung ersetzt werden.
- i Die Möglichkeiten für die Krankenkassen, unabhängig von den Kassenärztlichen Vereinigungen Verträge mit den Leistungserbringern im ambulanten Sektor abzuschließen, sind auszuweiten.
- i Die strikte Trennung von ambulantem und stationärem Sektor sollte zu Gunsten einer gestärkten integrierten Versorgung aufgehoben werden. Ein integriertes Vergütungssystem bildet dafür einen wichtigen Baustein.
- i Die Freigabe der Preissetzung im Arzneimittelmarkt und insbesondere der Wegfall fixer Großhandels- und Apothekenzuschläge würden den Wettbewerb stärken und mittelbar zu geringeren Arzneimittelkosten beitragen.
- i Das Mehrbesitz- und Fremdbesitzverbot bei Apotheken verhindert die Entstehung effizienter Unternehmensstrukturen und sollte daher aufgehoben werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

i Die Rolle der Versicherten und der Patienten im Gesundheitssystem ist neu zu definieren. Instrumente wie Selbstbehalte, Zuzahlungen und Wahltarife sind so zu gestalten, dass für die Versicherten tatsächlich Anreize zu einer kostenbewussten Leistungsanspruchnahme gesetzt werden.

Wenn Reformen in der skizzierten Richtung umgesetzt werden, kann es allerdings einige Zeit dauern, bis die Einsparungen wirksam werden. Hierfür sind zwei Gründe maßgeblich. Erstens müssen für die derzeitigen Leistungserbringer wohl Übergangsfristen festgelegt werden, damit sie sich an die neuen Gegebenheiten schrittweise anpassen zu können. Bei Einführung der DRG-Fallpauschalen im Krankenhausbereich war beispielsweise eine Übergangsfrist von sechs Jahren vereinbart worden. Im vorliegenden Fall würde sich eine Frist von vier Jahren anbieten. Zweitens müssen die Akteure erst Erfahrungen mit neuen Systemen sammeln und effiziente Angebote entwickeln. Dies kann zunächst auch Kosten verursachen, während sich die effizientesten Angebote im Wettbewerb erst allmählich durchsetzen. Diese Lern- und Suchprozesse dürften einen Zeitraum von ebenfalls rund vier Jahren in Anspruch nehmen.

Literatur

Afonso, A. and J.G. Alegre (2008), Economic Growth and Budgetary Components. A Panel Assessment For the EU. EZB Working Paper 848. Frankfurt a.M.

Alesina, A. and R. Perotti (1997), Fiscal Adjustments in OECD Countries: Composition and Macroeconomic Effects. *IMF Staff Papers* 44 (2): 210-248.

Assenmacher-Wesche, K. and S. Gerlach (2008), Financial Structure and the Impact of Monetary Policy on Asset Prices. CFS Working Paper 2008/30. Frankfurt am Main.

Augurzky, B., St. Felder, H. Tauchmann und A. Werblow (2009), Effizienzreserven im Gesundheitswesen. RWI Materialien 49. Essen.

BA – Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2009a), Monatsbericht August 2009. Nürnberg.

BA – Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2009b), *Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Methodenbericht*. Nürnberg.

Bach, H.-U. et al. (2009), *Zwischenbericht zur Arbeitsmarktprojektion 2009 und 2010*. IAB, Nürnberg.

Bach, H.-U. and E. Spitznagel (2009), Kurzarbeit: Betriebe zahlen mit – und haben was davon. IAB-Kurzbericht 17/2009. Nürnberg.

Blanchard, O. and R. Perotti (2002), An Empirical Characterization of the Dynamic Effects of Changes in Governmental Spending and Taxes on Output. *Quarterly Journal of Economics* 117 (4): 1329-1368.

BMF – Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2009a), Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln von Bund und Ländern. *Monatsbericht* 2009 (3).

- BMF – Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2009b), *Finanzbericht 2010*. Berlin.
- Crimmann, A. und F. Wießner (2009), Wirtschafts- und Finanzkrise: Verschnaufpause dank Kurzarbeit. IAB-Kurzbericht 14/2009. Nürnberg.
- Destatis – Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2009), Anstieg des privaten Konsums infolge der Umweltprämie für Pkw. Pressemitteilung Nr. 316 vom 27.08.2009. Wiesbaden.
- Detken, C. and F. Smets (2004), Asset price booms and monetary policy. ECB Working Paper 364. Frankfurt a.M.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2009), *Monatsbericht 61* (8). Frankfurt a.M.
- ECB – European Central Bank (ed.) (2009), *Survey of Professional Forecasters 2009*, Quarter 3. Frankfurt a.M.
- Fuest, C. (2009), Der Griff zur Mehrwertsteuer ist alternativlos. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Juli 2009, S. 13.
- Gebhardt, H. (2009), Steuerschätzung: Erheblich geringeres Einkommen als bisher erwartet. *Wirtschaftsdienst 89* (6): 397–402.
- Gebhardt, H. und R. Kambeck (2009), Anstieg der Staatsverschuldung stellt Finanzpolitik vor große Herausforderungen. *Wirtschaftsdienst 89* (7): 466–472.
- Gebhardt, H., R. Kambeck und Ch.M. Schmidt (2009), Keine Steuererhöhungen! – Ein Plädoyer für den Abbau von Staatsschulden durch Wachstum und Einsparungen. Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 108. Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn.
- Gerdesmeier, D., B. Roffia, B. and H-E. Reimers (2009), Asset price misalignments and the role of money and credit. ECB Working Paper 1068. Frankfurt a.M.
- Girouard, N. and C. André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries. OECD Working Paper 434. Paris.
- Goodhart, C.A.E. (2008), Central banks' function to maintain financial stability: An uncompleted task. A VoxEU.org publication, Internet: www.voxeu.org/index.php?q=node/1263 Download vom 9.9.2009.
- Gros, D. and F. Roth (2009), The crisis and citizens' trust in central banks. A VoxEU.org publication. Internet: www.voxeu.org/index.php?q=node/3943, Download vom 10.9.2009.
- Kastrop, C. und M. Snelting (2008), Das Modell des Bundesfinanzministeriums für eine Schuldenbremse. *Wirtschaftsdienst 88* (6): 375–382.
- KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau (Hrsg.) (2009), *Unternehmensfinanzierung – deutliche Spuren der Krise: Keine Kreditklemme, aber massive Finanzierungsschwierigkeiten*. Unternehmensbefragung 2009. Frankfurt a.M.
- Larch, M. and A. Turrini (2009), The cyclically-adjusted budget balance in EU fiscal policy making: A love at first sight turned into a mature relationship. European Economy Economic Papers 374.
- Nehls, H. and T. Schmidt (2004), Credit Crunch in Germany? *Kredit und Kapital 37* (4): 479–499.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (ed.) (2009), *Economic Outlook 85*, June 2009. Paris.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

o.V. (2009a), ZMG veröffentlicht Autostudie anlässlich der IAA. Internet: www.online-artikel.de/article/zmg-veroeffentlicht-autostudie-anlaesslich-der-iaa-26894-1.html, Download vom 7.9.2009.

o.V. (2009b), Abwrackprämie würgt Gebrauchtwagenmarkt ab. Internet: www.ftd.de/unternehmen/industrie/auto-industrie/einschaetzung-von-eurotax-schwacke-abwrackpraemie-wuergt-gebrauchtwagenmarkt-ab/540435.html, Download vom 7.9.2009.

Peffekoven, R. (2009), Mehrwertsteuererhöhung: Keine nachhaltige Konsolidierung. *Wirtschaftsdienst* 89 (7): 426-427.

RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2009a), Datenzeche #3, Ein Echtzeit-Datensatz für Daten der VGR für Deutschland. Essen.

RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2009b), RWI trotz gesenkter BIP-Prognosen verhalten optimistisch für 2010. *RWI: News* 2/2009: 3-4.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2002), *Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum*. Jahresgutachten 2002/03. Stuttgart: Metzler-Pöschel.

WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2009a), *Tarifpolitischer Halbjahresbericht*. Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2009. Düsseldorf.

WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (ed.) (2009b), Tarifliche Regelungen zur Kurzarbeit. *Elemente qualitativer Tarifpolitik* 66. Düsseldorf.

Zimmermann, K.F. (2009), Die höhere Mehrwertsteuer kommt. Internet: www.faz.net/s/RubB8DFB31915A443D98590B0D538FC0BEC/Doc~EAC53253FC2B446B18E21D4E521A17419~ATpl~Ecommon~Scontent.html, Download vom 10.9.2009.